

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Widerstand braucht Mut und Ausdauer



Gentechnik

Schwerpunkt Gentechnik: Die gentechnisch veränderte Zuckerrübe der KWS ist in den USA verboten. Pioneer will geschädigten Bauern Schweigegeld zahlen. Weizen, durch Gentechnik pilzresistent gemacht, versagt im Freiland. **Seiten 11-14**

EU-Agrarreform

GAP: EU-Agrarkommissar Ciolos lud ein breites Spektrum von Verbänden, Wissenschaftlern und Politikern nach Brüssel zu Positionsbestimmung. Neue Wege scheinen möglich. Bundesregierung hält an altem Verteilungsmodell fest. **Seiten 4 und 5**

Milch

Milchbauern berichten über ihre derzeitige finanzielle Situation, die Stimmung auf den Höfen und weshalb weiter gekämpft werden muss. Milchstreik 2008: Der BDM legt gegen die Schadensersatzklage der Sachsenmilch Berufung ein. **Seiten 6 und 7**

Die Seite 3

Coca Cola und das Menschenrecht auf Wasser 3

Agrarpolitik

EU-Kommission arbeitet an Reformvorschlägen 4

BMELV verteidigt alte Agrarpolitik 5

Milch

Raten, Rechnungen, Rückhalt 6

Will Müllermilch Bauern mundtot machen? 7

Bewegung

Nachruf auf Sepp Daxenberger 8

Märkte

Die Klimafolgen, die Getreidepreise und der Welthunger 10

Schwerpunkt

Broccoli als Stellvertreter für über 1.000 Patentanträge .. 11

Kuhhandel mit Gentechnik 11

Attraktives Angebot mit faulen Nebenwirkungen 12

Gentechnikrübe in den USA verboten 13

Weizen versagt im Freiland 14

Nachbau

Auskunftersuchen mit geringer Halbwertszeit 15

junge AbL

GAP-Training der jAbL 16

Spielräume für freie und unabhängige Forschung 17

Massentierhaltung

Die Agrarindustrie trudelt 18

Weitere Themen

Zu Besuch bei Matthias Stührwoldt und Ute Wichelhaus, Seite 9; mehr Bewegung, Lesen und Meldungen Seite 19-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Ein beliebter Slogan der Gentechnik-Industrie ist: „Wir haben alles im Griff“ – Tatsache ist: Nichts haben sie im Griff! GV-Raps kreuzt in wilde Rapsbestände aus, erneute Saatgutverunreinigungen, pilzresistenter GV-Weizen, der sich im Freilandversuch ganz anders verhält als Wissenschaftler vorhergesagt haben, Anbauverbote von GV-Mais in Brasilien und von GV-Zuckerrüben in Amerika aufgrund fehlender Prüfung der Umweltfolgen. Es wird Zeit, dass unsere Steuergelder endlich in konventionelle und ökologische Züchtung investiert werden, statt in eine Risikotechnologie.



Die Zielsetzung der Gentechnik-Industrie und der Befürworter ist klar: Gentechnik nach und nach überall zu verbreiten, um gentechnikfreie Erzeugung unmöglich zu

Kommentar

Herausforderungen

machen. Fürsprecher drängen darauf, Saatgutschwellenwerte festzulegen und die Nulltoleranz für nicht zugelassene GVOs aufzuheben. Nur so sei eine Koexistenz möglich,

man müsse sich den Realitäten stellen. Befürworter wollen einen möglichst hohen Schwellenwert, um Verunreinigungen im Saatgut die Tür zu öffnen. Bisher gibt es keinen Schwellenwert. Sobald GV-Verunreinigungen festgestellt werden, darf das Saatgut nicht in Verkehr gebracht werden. Wenn es uns nicht gelingt, das Reinheitsgebot im Saatgut zu sichern, wird es schwieriger, Saatgut und unsere Ernten gentechnikfrei zu halten, genauso wie für die Lebensmittelhersteller, kennzeichnungsfreie Ware bereit zu stellen. Dabei sind die Kosten für eine gentechnikfreie Saatguterzeugung vergleichsweise gering, wie eine IFOAM-Studie belegt: Die Flächen zur Saatguterzeugung sind im Verhältnis zu landwirtschaftlichen Flächen viel kleiner. Deshalb ist es vernünftiger, einfacher und kostensparender, hier streng zu bleiben und das Reinheitsgebot im Saatgut aufrecht zu erhalten.

Auch bei der Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene GVOs darf es keine faulen Kompromisse geben. Die abgewiesenen, verunreinigten Schiffsladungen stammen zu 90 Prozent aus den USA, weil dort neue GV-Pflanzen angebaut werden, bevor sie eine Risikoprüfung in den Importländern durchlaufen haben. Die Hauptsozialieferanten der EU: Brasilien und Argentinien haben keine Probleme, den Marktanforderungen der EU zu genügen. Sie bauen neue GV-Pflanzen erst dann an, wenn die EU eine entsprechende Importzulassung erteilt hat. Das Soja würde natürlich auch gentechnikfrei zu bekommen sein. Alleine das in Brasilien angebaute gentechnikfreie Soja würde schon heute 60 Prozent des gesamten EU-Soja-Bedarfes decken. Würde sich die Nachfrage nach gentechnikfreiem Soja erhöhen, so wäre Brasilien gewillt und in der Lage, den gentechnikfreien Soja-Anbau zu steigern. Wenn wir es schaffen, unsere Berufskollegen zu überzeugen, auf gentechnikfreie Futtermittel zu setzen, können wir so den GV-Anbau auch weltweit zurückdrängen. Noch zukunftsweisender ist der Einsatz von einheimischen Eiweißfuttermitteln, wie es das Neulandprogramm erfolgreich zeigt.

In den nächsten Monaten stehen Zulassungsentscheidungen zum Anbau an: Der Mais MON 810, der sich im Neuzulassungsprozess befindet, herbizidresistente Maissorten wie der Bt 11 von Syngenta und der 1507 von Pioneer. Während die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA alles als sicher bewertet, gibt es von Seiten der Mitgliedsstaaten und Nichtregierungsorganisationen Bedenken und Zweifel. EU-Gesundheitskommissar Dalli möchte, dass die Zulassung von GV-Pflanzen demnächst in die alleinige Zuständigkeit der EFSA und der Kommission fällt. Dafür sollen künftig die Mitgliedsstaaten und Regionen den Anbau von GVO vor Ort verbieten können. Unterbinden können die Länder nach geltender Gesetzeslage den Anbau aber schon jetzt: durch entsprechende Abstands- und Haftungsregeln oder im Fall von ökologischen oder gesundheitlichen Bedenken. Viel entscheidender ist deshalb, dass sich die Mitgliedsstaaten ihr Mitspracherecht nicht nehmen lassen.

Im Herbst soll voraussichtlich das deutsche Gentechnikgesetz novelliert werden. Die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft genauso wie die Anti-Gentechnik-Bewegung fordern eine klare Verbesserung zum dauerhaften Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft. Ein wichtiger Aspekt ist die Durchsetzung des Verursacherprinzips: Diejenigen, die auf die Gentechnik setzen, müssen auch alle Folgekosten tragen, die zur Verhinderung von Kontaminationen, aber auch im Verunreinigungsfall entstehen. Wir müssen wachsam sein. Die breite gesellschaftliche Bewegung für gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung steht vor großen Herausforderungen. Aber an Mut, Phantasie und Kraft hat es uns ja bisher nicht gemangelt.

Annemarie Volling

Koordinatorin der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Coca-Cola und das Menschenrecht auf Wasser

In Indien zerstörte der Weltkonzern mit einer Wasserabfüllanlage die Lebensgrundlage der örtlichen Bevölkerung

1999 hat der Coca-Cola-Konzern Hindustan Beverages im Dorf Plachimada, im Südwesten Indiens eine Flaschenwasserabfüllanlage gebaut. Um den Wasserbedarf zu decken, bohrte die Firma 60 bis 65 Brunnen und entnahm täglich etwa 600.000 Liter sauberes Grundwasser. Jeden Tag fuhren schätzungsweise 85 Lastwagen mit 550 bis 600 Getränkeboxen vom Firmengelände.

zern zu wehren, klagten die Anwohner vor dem Bezirksgericht in Palakkat. Sehr schnell erfuhr die Bewegung internationale Solidarität. Studenten von der Universität Exer fertigten Studien über die Auswirkungen der Wasserentnahme an und stellten sie der Bevölkerung zur Untermauerung ihrer Klage zur Verfügung. Ende 2003 hat das Gericht entschieden und dem Coca-Cola-Konzern verschiedene Auflagen ge-

indische Regierung übergeben. Indien ist Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und dadurch Mitträger des internationalen Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, somit verpflichtet, das Recht auf Wasser als staatliche Daseinsvorsorge zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten.

Coca Cola muss schließen

Aufgrund der Ergebnisse der vom Gericht eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Wasserqualität sowie weiterer Gerichtsverfahren kam es 2005 zur endgültigen Schließung der Wasserabfüllanlage in Plachimada. Eine Expertenkommission bescheinigte die Verseuchung des Grundwassers, die Belastung der landwirtschaftlichen Flächen durch industrielle Abfälle und den Verlust der Landbevölkerung in ihrem Recht auf Wasser, Einkommen und Lebensqualität.

Ein Menschenrecht

Ende Juli 2010 haben die Vereinten Nationen das Recht auf sauberes Wasser als ein Menschenrecht anerkannt. Die UNO-Vollversammlung verabschiedete eine entsprechende von Bolivien vorgelegte und von 33 weiteren Staaten unterstützte Resolution mit

Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Mehr als 2,6 Milliarden haben keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Der Anspruch auf sauberes Wasser ist völkerrechtlich nicht verbindlich.

Entschädigung dringend nötig

Der Bundesstaat Karala fordert von der Coca-Cola-Company eine Entschädigung in Höhe von 35 Millionen Euro (2,16 Mill. Rupien) als Wiedergutmachung für die von 1999 bis 2004 in Plachimada entstandene Wasserverschmutzung, den Verlust der Einkommensquelle der Landwirte und Gesundheitsschäden der Bevölkerung. Die von der UN-Generalversammlung verabschiedete Resolution für das Grundrecht auf Wasser bedeutet für die Menschen in Plachimada im Bundesstaat Kerala eine große Unterstützung in ihrem Kampf um Entschädigung gegenüber dem Coca-Cola-Konzern Hindustan Beverages.

Die Forderung des Bundesstaates Kelara gegenüber dem Coca-Cola-Konzern auf Entschädigung der Bevölkerung ist das Gebot staatlicher Daseinsfürsorge, um den betroffenen Menschen in Plachimada zu ihrem Recht auf Wasser zum Leben Geltung zu verschaffen. *Christel Kohnert*



Eine Delegation der Landarbeiter empfing uns vor den Toren der Coca-Cola-Fabrik

In Indien ist der Markt mit Flaschenwasser ein lukratives Geschäft. 200 Millionen Inder haben keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser. Bei der Verfügbarkeit von sauberem Wasser rangiert Indien von 180 Staaten auf Platz 133. 90 Prozent der nationalen Wasserreserven sind durch Industrieabwässer, Düngemittel und Pestizide verseucht.

Grundwasserverlust

Bereits nach sechs Monaten bemerkten die Dorfbewohner ein Absinken des Grundwasserspiegels, ihre Hausbrunnen fielen trocken. Auf den mit Kokosnuss und Bananen bebauten Feldern sowie den Reisplantagen fehlte das Wasser, die Früchte konnten nicht reifen. Durch den Ernteausfall verloren die Dorfbewohner ihre Arbeit als Tagelöhner auf den Plantagen.

Als Reaktion formierte sich der Widerstand der Bevölkerung gegen den Raub des Grundwassers durch den Coca-Cola-Konzern. Um sich gegen den Kon-

macht. Zum einen musste eine Kommission zur Untersuchung der Wasserqualität eingerichtet werden. Zum anderen wurde die Wassermenge, die Coca-Cola täglich fördern durfte, deutlich herabgesetzt.

Im Januar 2004 habe ich als Vertreterin von Brot-für-die-Welt an einer international besetzten Fakt Finding Mission zu den Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser in Südindien teilgenommen. Wir besuchten unter anderem die Menschen in Plachimada und bekamen Einblicke in ihren Widerstand gegen die Coca-Cola-Fabrik in ihrem Dorf. Ziel unserer Untersuchungen war, am Beispiel des Raubs von Grundwasser in Plachimada nachzuweisen, wie die indische Regierung ihrer internationalen gesetzlichen Verpflichtung zur Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser entsprechend des General Comment No. 15 nachkommt. Unser Abschlussbericht wurde einem Vertreter der Vereinten Nationen mit der Bitte um Weiterleitung und Stellungnahme an die



Zwei Anführer der Widerstandsbewegung gegen den Raub des Grundwassers durch Coca-Cola in Plachimada *Fotos: Kohnert*

122 zu null Stimmen. Allerdings enthielten sich 41 Länder der Stimme, darunter die Vereinigten Staaten und einige andere westliche Länder. Zustimmung kam unter anderem aus Deutschland, Belgien, Italien, Spanien und Norwegen. In der Resolution äußerte sich die Vollversammlung besorgt darüber, dass geschätzte 884 Millionen

Christel Kohnert ist Mitarbeiterin des Diakonischen Werks Schleswig. Sie ist eine Mitinitiatorin des Dialogs zwischen Nord und Süd – initiiert von Brot-für-die-Welt und AbL in der Kampagne „Niemand ist für sich allein“

EU-Kommission arbeitet an Reform-Vorschlägen

Mit einer öffentlichen Konferenz im Vorfeld weckte Brüssel Erwartungen. Erste Vorschläge wahrscheinlich im November

Betrug mit dem weißen Stoff

Das EU-Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und deutsche Staatsanwälte ermitteln gegen Zucker- und Agrarhandelskonzerne wegen des Verdachts auf milliarden-schweren Betrug bei Zucker-Subventionen und Exporterstattungen. Die *Landeszeitung* berichtet z.B. von 200 ungewöhnlichen Zuckertransporten der Südzucker-Tochter Beneo-Orafti von Belgien über Kaliningrad nach Kroatien und zurück: Wäre der Zucker direkt nach Kroatien geliefert worden, gäbe es keinen Anspruch auf Exportbeihilfen. **en**

Einem neuen Stil der öffentlichen Debatte über die Agrarpolitik der Europäischen Union hat der Rumäne Dacian Ciolos, EU-Agrarkommissar, schon jetzt verankert. Lange bevor er selbst im kommenden November erste Vorschläge vorlegen wird, hat er zum einen von April bis Juni allen Bürgern der EU die Möglichkeit gegeben, im Internet ihre Meinung und Wünsche zur EU-Agrarpolitik mitzuteilen. Knapp 6.000 Menschen haben davon Gebrauch gemacht – für alle nachlesbar.

Zweitens hat Ciolos Mitte Juli als erster Agrarkommissar auch noch über 600 Gäste aus Verbänden, Wissenschaft und Politik aus allen EU-Ländern für zwei Tage nach Brüssel eingeladen, um Kritik, Erwartungen und Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auszutauschen. Sowohl die gesetzten Referenten als auch die vielen Beiträge aus dem Plenum zeigten die gesamte Vielfalt der Standpunkte und Forderungen.

Keineswegs dominierten marktliberale Agrarökonomien, Ernährungsindustrie und alte Bauernverbände die Debatte. (Der Deutsche Bauernverband war nur mit seinem Brüsseler Mitarbeiter vertreten, AbL und BDM dagegen mit den Vorsitzenden Heubuch und Schaber.)

Erwartungen geweckt

Nur eine kleine Minderheit war der Meinung, dass alles so weiterlaufen soll wie bisher. Deutlich betont wurden vielmehr Herausforderungen, denen sich die Agrarpolitik stellen müsse: Der Schutz von Umwelt, Klima und Biologischer Vielfalt ebenso wie die Stärkung der Beschäftigung in Landwirtschaft und ländlichen Räumen. Ebenso genannt wurde die Sicherung einer ausreichenden Ernährung insbesondere in Entwicklungsländern sowie der Schutz der landwirtschaftlichen Betriebe vor zunehmenden Preisschwankungen. Auch faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Lebensmittelkette wurden angesprochen und die Stärkung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität auch in entlegenen ländlichen Regionen. Diese Konferenz war so angelegt, dass sie die Erwartungen an eine grundlegende Überarbeitung der EU-Agrarpolitik nicht gedämpft, sondern eher noch verstärkt hat. Ob der Agrarkommissar die politische Kraft hat, diese Stimmung zu nutzen, um ambitionierte Reform-Vorschläge vorzulegen, ist noch nicht sicher.

Neue Kriterien fürs Geld

Seine Rede zum Abschluss der Konferenz lässt das noch offen, hielt er sich mit konkreten Aussagen doch noch zurück. Er sagte, es müsse weiterhin zwei Säulen in der EU-Agrarpolitik geben, aber über die (finanzielle) Gewichtung sagte er noch kein Wort. Er sagte, die Direktzahlungen könnten nicht mehr nach Kriterien der

Vergangenheit verteilt werden: „Wir müssen auf objektiven und realistischen Kriterien aufbauen: Dazu gehören die Art des Betriebs sowie der sozioökonomische, klimatische und ökologische Kontext, in dem die Landwirte arbeiten.“ Und: „Es darf nicht unterschieden werden zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten.“ Aber was das für die einzelnen Betriebe konkret heißen könnte, ließ er offen.

Sicherlich wird der Klimaschutz in der Agrarpolitik der Zukunft, d.h. ab dem Jahr 2014, eine größere Rolle spielen. Offenbar plant Ciolos, humusfördernde Maßnahmen (zur Kohlenstoff-Speicherung im Boden) stärker zu fördern als bisher. Die Frage, ob das nun durch Kriterien für die Direktzahlungen der 1. Säule oder allein durch Förderprogramme in der 2. Säule geschehen sollte, ließ er unbeantwortet. Auch den heimischen Leguminosen-Anbau (Eiweißpflanzen) erwähnte Ciolos gesondert, wobei er aber vor zu großen (Mengen-)Erwartungen warnte. Ferner erwähnte er in seiner Rede „neue Mechanismen, um auf die enormen Einkommenschwankungen zu reagieren“ ebenso wie „neue Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren der Lebensmittelkette“ (was nicht nur eine Frage der Agrarpolitik sei, womit Ciolos indirekt das europäische Wettbewerbsrecht anspricht).

Am 10. November – so ist zu hören – will der Agrarkommissar zu all diesen Fragen mehr sagen: Dann wird er eine Mitteilung der Kommission vorlegen, in der er verschiedene Optionen zur Überarbeitung der Europäischen Agrarpolitik beschreiben wird. Dann geht die öffentliche Debatte um das Geld und die Regeln der Gemeinsamen Agrarpolitik in eine neue Runde. Die endgültigen Vorschläge seitens der EU-Kommission werden für Sommer 2011 erwartet. **uj**



Auf welchen Säulen die EU-Agrarpolitik künftig steht entscheidet sich derzeit in Brüssel. Foto: Meinert/pixellio

Faire Kartoffelpreise und unfaire Anklagen

Die Verarbeiter beklagen das geringe Angebot und haben doch selbst zum Strukturwandel beigetragen

Nachdem der Pommes-Hersteller Wernsing/Addrup in den Medien ein Klagelied über das mangelnde Angebot an Kartoffeln verbreitete und dies mit dem zunehmenden Anbau und der Förderung von Biogas-Mais begründete, hat der Uelzener Landwirtschaftsberater Steffen Weihe in einer Presseerklärung festgestellt: „Gerade die verarbeitende Industrie im Kartoffelgewerbe hat in den letzten Jahren mit ihrer ruinösen Preisgestaltung dazu beigetragen, dass viele kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe aus dem Kartoffelanbau ausgestiegen sind. Die Preise wa-

ren in der Vergangenheit selten kostendeckend. Die Forderung nach fairen Preisen wurde überhört, nach denen zumindest eine kostendeckende Produktion möglich sein sollte. Die Politik der Nahrungsmittelindustrie hat dazu geführt, dass durch den wirtschaftlichen Druck nur noch Kostenführer im Markt sind, eine Vielzahl von Betrieben aber den Kartoffelanbau, gerade für die weiterverarbeitende Ebene eingestellt haben. Der Überfluss gerät nun ins Stocken. Nun fängt der Katzenjammer an. Ein unverständliches Schauspiel beginnt, hat man den Schuldigen in der Biogasbranche ausge-

macht. Aber warum bietet man nicht einfach faire Preise an? Interessenten gebe es mit Sicherheit genug.“ Ein Artikel in *Land & Forst* verweist angesichts der Vorwürfe der Kartoffelverarbeiter gegen die Biogas-Förderung auf die Tatsache, dass diese Verarbeitungsunternehmen in den zurückliegenden Jahren selbst massiv vom Staat gefördert wurden: Auf die sechs größten Projekte in Niedersachsen entfielen 77 % der im Bereich Kartoffeln ausgeschütteten Fördermittel, zwei Unternehmen erhielten über mehrere Projekte 13 Millionen Euro und damit 63 % aller Fördermittel dieses Sektors. **en**

BMELV verteidigt alte Agrarpolitik

Gegen neue Kriterien zur Verteilung der Gelder, für weitere Markt-Liberalisierung

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) entwickelt sich in der EU zum strikten Verteidiger der bisherigen Ausrichtung der EU-Agrarpolitik. Vor allem beim Geld beharrt Berlin darauf, dass es nicht zu neuen Kriterien für die Verteilung der Gelder kommt. Das betrifft sowohl die Aufteilung des Brüsseler Finanztopfs für Direktzahlungen auf die 27 Mitgliedstaaten der EU als auch die Verteilung der Gelder auf die Betriebe bzw. Betriebstypen.

Auf EU-Ebene verlangen vor allem die osteuropäischen Mitgliedsstaaten einen größeren Anteil an den Direktzahlungen und hatten dazu die Forderung EU-weit einheitlich hoher Direktzahlungen je Hektar Nutzfläche aufgestellt. Das würde zu einer erheblichen Umverteilung der Brüsseler Gelder zwischen den Mitgliedsstaaten führen und somit keine politische Mehrheit in der EU bekommen. Der EU-Kommissar Dacian Cioloș spricht deshalb davon, dass es mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Gelder auch zwischen den Mitgliedsstaaten geben müsse und spricht in dem Zusammenhang von neuen, „objektiven Kriterien“. Die heutige Verteilung der Zahlungen auf die Mitgliedstaaten resultiert noch aus Zeiten, als die Zahlungshöhen sich an den jeweiligen landwirtschaftlichen Produktionsmengen der Länder orientierten. Im Gespräch sind Kennzahlen wie z.B. das Kaufkraft-, Lohn- oder Pachtpreis-Niveau der Länder. Die Argumentation lautet: Ein höheres Niveau bedeutet höhere Produktionskosten und legitimiert somit höhere Zahlungen.

„Objektive Prozentzahl“

Bei einer EU-weit einheitlich hohen Direktzahlung von ca. 250 Euro/ha würde Deutschland nach Berechnungen des BMELV nach heutigen Zahlen etwa 1,5 Mrd. Euro jährlich abgeben müssen, also 26 Prozent der Summe, die Deutschland derzeit aus Brüssel für Direktzahlungen erhält. Berlin lehnt das verständlicherweise ab. Noch Anfang diesen Jahres sprach deshalb auch Bundesministerin Ilse Aigner noch von „objektiven Kriterien“ zur Verteilung auf die Mitgliedsstaaten. Mittlerweile lehnt das Ministerium aber auch solche neuen Verteilungsmaßstäbe ab. Das einzige politisch durchsetzbare, objektive Kriterium sei eine Prozentzahl, formuliert es ein hochrangiger BMELV-Beamter. Gemeint ist damit, dass die Zahlungen in den Ländern, die über dem EU-Durchschnitt von heute rund 250 Euro/ha liegen, z.B. 5 Prozent abgeben müssen, und damit in den Ländern unter EU-Durchschnitt die Zahlungen angehoben werden. Damit würde sich die Brüsseler Diskussion an diesem Punkt „nur“ noch um die Prozentzahl dre-

hen.

Was die Verteilung der Gelder auf die Betriebe betrifft, stellt sich das BMELV ebenfalls gegen die Einführung neuer Kriterien. Das gilt sowohl für Mindestanforderungen zum Klimaschutz wie z.B. einer breiteren Fruchtfolge mit einem Mindestanteil an Leguminosen, ganz besonders aber betrifft das etwaige einzelbetriebliche Obergrenzen oder die Berücksichtigung der Arbeitskraft. Bei den ökologischen Kriterien zeigt das Haus noch Verständnis, um dann aber mit dem Argument der Bürokratie sogleich Abstand davon zu nehmen. Bei Obergrenzen oder Arbeitskraftbindung blockt das BMELV sofort ab.



Brüsseler Geld in Bewegung Foto: Gerhardt/pixelio

Streit mit Paris

Bei den Marktordnungen fordert das BMELV, den eingeschlagenen Weg der Markt-Liberalisierung fortzusetzen. Über Mengenregulierungen redet Berlin schon gar nicht mehr. Unterschiedliche Positionen sieht das BMELV vielmehr bei der Frage, in welchem Umfang es auch in Zukunft noch die Intervention, also Aufkauf und Lagerung seitens der EU, geben soll. Das BMELV will die Intervention auf absolute Notsituationen beschränken, so wie 2009 bei der Milch: „Das ist doch gut gelaufen“, meint der besagte BMELV-Beamte. Frankreichs Agrarminister Bruno Le Maire stellt sich dagegen ein höheres Niveau der Interventionspreise vor, womit das Instrument dann auch häufiger in Anspruch genommen werden würde. Neben weiteren Punkten (wie etwaigen gesetzlichen Vorgaben für vertragliche Beziehungen zwischen Bauern, Verarbeitern und Handel) ist es vor allem dieser Streit um die Intervention und damit auch um EU-Gelder, der die Vorlage eines gemeinsamen Papiers von Berlin und Paris zur anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik verhindert hat. Über ein solches Papier wird schon lange gesprochen, es war schon mehrfach angekündigt, zuletzt für Ende August, nun für Ende September.

Kurzes am Rande

Grundsteuer-Modelle

Nachdem der Bundesfinanzhof eine Neuregelung der Grundsteuer angemahnt hatte, haben Bundesländer jetzt zwei unterschiedliche Modelle vorgelegt: Die süddeutschen Länder wollen landwirtschaftliche Gebäude wie Gewerbegebäude und damit deutlich höher als bisher besteuern und land- und forstwirtschaftliche Flächen künftig nicht mehr besteuern. Berlin, Bremen, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein wollen Flächen und Gebäude nach Verkehrswerten bzw. örtlichen Bodenrichtwerten neu bewerten und nach fiktiven Veräußerungswerten höher besteuern. Der Bauernverband schlägt eine Fortsetzung der bisherigen Grundsteuer nach Maßstab der nachhaltigen Ertragsfähigkeit (Einheitswerten) vor. en

Konzern-Biogas kontra Bauern-Biogas

Gegen den Bau dreier Mega-Biogasanlagen im niedersächsischen Amt Neuhaus (an der Elbe) gibt es Widerstand. Nachdem neben der 4.000er-Kuhanlage des Agrarfabrikanten Straathof und neben der 1.850er Sauenanlage des Niederländers Verhaegh schon große Biogasanlagen stehen bzw. aufgestockt werden, hat nun die „Ruhe Agrar GmbH“ die Agrargenossenschaft Darchau gekauft und will sich 2.000 Hektar Maisanbaufläche sichern für eine 2,6 Megawatt-Anlage. Hinter Ruhe stehen die südoldenburgischen Agrarindustriellen Ruhe und von Lehmden bzw. deren Firma Envitec, die Biogasanlagen baut und über eigene Agrarbetriebe selbst betreibt. Kuni- bert Ruhe ist zudem Vorsitzender des Lobbyverbands „Biogasrat“, der die Interessen der Biogaskonzerne vertritt – im Gegensatz zum eher mittelständisch und landwirtschaftlich geprägten „Fachverband Biogas“. Laut AbL-Landesvorsitzendem Martin Schulz gehört die Produktion von Biogas auf Landwirtschaftsbetriebe mit kleinen, regional angepassten Anlagen und mit einer vielfältigen Fruchtfolge und nicht in Konzernhand mit riesigen und transportaufwändigen Monokulturen, bei denen die Landwirte nur billige Rohstoff-Lieferanten sein sollen. Die Großanlagen in Neuhaus gingen zu Lasten des Biosphärenreservats Elbtalau, der Landwirtschaftsbetriebe und der Einwohner, die Wertschöpfung werde vom Konzern aus der Region abgezogen. en

Unerwünschte Biogas-Folgen

Auf horrenden Pachtpreisen für schlechte Böden („schwarzen Sand“) im viehintensiven Emsland und Münsterland hat Dr. Frank Greshake in einem Leserbrief des Wochenblatts Westfalen-Lippe hingewiesen. Die Folgen: Der Mäster, der ohnehin schon einen Teil seiner Mast gewerblich (also ohne Flächenbindung) betreibt, geht ganz ins Gewerbe. Die Flächen, die nun nicht mehr zum Nachweis der landwirtschaftlichen Mast benötigt werden, verpachtet er an einen Biogasanlagen-Betreiber. Das „teure Hobby Ackerbau“ gibt er auf und versilbert seinen Maschinenpark. Der Biogasbetreiber unterschreibt für die gesamte Gülleabnahme – und auch für den nächsten Stall. So bewirke die derzeitige Biogas-Förderung statt Extensivierung und mehr Fruchtfolge genau das Gegenteil: Maiswüsten und die Industrialisierung der Landwirtschaft. en

Bhopal-Justizskandal

Beim weltweit größten Chemieunfall starben im Jahr 1984 im indischen Bhopal 30.000 Anwohner einer Fabrik des US-Konzerns Union Carbide, aus dem wegen „krimineller Nachlässigkeiten des Managements zugunsten des Geschäftsinteresses“ das Gas Methylisocyanat austrat. Rund 100.000 Menschen aus den angrenzenden Elendsvierteln leiden heute noch unter den Spätfolgen, die durch die zunächst gezahlten 470 Millionen Dollar kaum gemildert werden. Jetzt ist ganz Indien empört, dass nach 14jähriger Prozessverschleppung gegen sieben Verantwortliche des Konzerns nur zwei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 1.800 Euro verhängt wurden. Gegen Kaution verließen die Verurteilten das Gericht auf freiem Fuße. en

Raten, Rechnungen, Rückhalt

Milchbauern berichten über ihre derzeitige finanzielle Situation

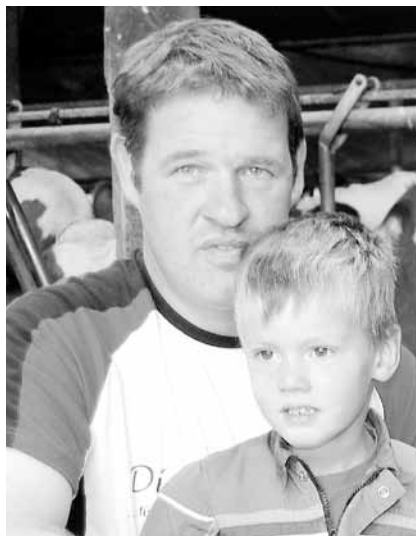
Mit dem Milchstreik 2008 und 2009 haben zahlreiche Bauern gezeigt, dass sie für ihre Belange eintreten. Sie haben sich solidarisiert, politisch engagiert und erfahren, wie mächtig man sein kann, wenn man zusammenhält. Doch die Auseinandersetzung ist zäh, schnelle Siege nicht zu erwarten. Welche Probleme auf den Höfen aktuell bestehen, welchen Preis die Familien benötigen, was Zuversicht verspricht und Kraft zum Weiterkämpfen gibt, darüber hat die *Bauernstimme* mit Milchbauern und -bäuerinnen in Bayern, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gesprochen.

„Lohnt sich die Milchproduktion zur Zeit?“. Hans-Heinrich Hansen, 52, schweigt kurz am Telefon, als er die Frage hört. „In der jüngsten Vergangenheit hat sich alles nicht gelohnt.“, sagt er dann. Seit drei Jahren bewirtschaftet er in Tolk im nördlichen Zipfel Schleswig-Holsteins, gemeinsam mit seinem Sohn (29) und seinem Nachbarn einen Hof als GbR. Sie haben 160 Milchkühe und eine Milchquote von 1,3 Mio. Liter. Im Herbst will sein Sohn Lars, (26), als weiterer Gesellschafter in den Betrieb einsteigen. Dann übernimmt das Team noch einen Betrieb in der Nachbarschaft. Betrieb und Arbeitskräfteinsatz wachsen gleichsam. „Wir dürfen nicht stehen bleiben und in Lethargie verfallen“, sagt Hansen „Aktuell haben wir für Mai 28 Cent/kg Netto erhalten.“ Bei dem Preis bleibe nichts „hängen“. „Wir müssten eigentlich einige Altgebäude sanieren, aber das geht im Moment nicht.“ Seine Strategie ist dennoch, „vorsichtig zu investieren“. Um ihn herum wachsen die Betriebe extrem. Einzelne stocken auf 300 Kühe auf.: „Aber es bleibt doch die Frage, ob das wirklich gesund ist? Wachstum ohne Ende kann auch

„Wir dürfen nicht stehen bleiben und in Lethargie verfallen“

nicht die Lösung sein“, so Hansen. Markus Rustige bewirtschaftet zusammen mit seinem 74-jährigen Vater und Frau Martina 100 Hektar. 60 Milchkühe und eine kleine Mastbulleherde gehören zu dem Betrieb im Kreis Soest. „Wir haben ganz schön sparsam gelebt“, sagt Rustige und ist froh, dass sein Stall abbezahlt ist. „Jetzt müsste das Geld für einen Neuen da sein“, sagt der 38-Jährige. Die aktuell gezahlten 30 Cent pro Liter reichten jedoch gerade aus, um

die laufenden Kosten zu decken. Rustige kennt Betriebe, die wegen der monatlichen Abschreibungen keinen Lohnunternehmer mehr bezahlen konnten. Wenn man mehrere Standbeine hat, hilft das gegen finanzielle Engpässe. Martina Rustige arbeitet zusätzlich halbtags als Erzieherin. Ihre Sozialversicherungskosten, monatlich bis zu 700 Euro, entfallen dadurch. Als Kreisvorsitzender beim



Markus Rustige: „Wir haben ganz schön sparsam gelebt.“ Fotos: Hinck

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) hat Markus Rustige in den vergangenen drei Jahren viel Zeit ins Ehrenamt investiert. „Der Austausch und die Gespräche geben Mut und schaffen Zusammenhalt, sonst hätten Viele schon längst aufgegeben.“ Zum Ende dieses Jahres hat Rustige bei Humana gekündigt. In Zukunft will er für die „Faire Milch“ produzieren. „Ich steh` jetzt allein in Kündigung. Das hätte ich vor fünf Jahren nicht gewagt.“ Er hält nichts mehr von den genossenschaftlichen Molkereien und setzt mit der „Fairen Milch“ auf bessere Vermarktung statt auf Größe.

Franz-Josef Dohle (58), und seine Frau Marianne produzieren gentechnikfreie Milch für die Privatmolkerei Wiegert. Der Vorsitzende der MEG Sauerland erhält dafür einen festen Zuschlag. In Kaltenhardt bewirtschaftet er 40 Milchkühe und 114 ha Land. Die Milchwirtschaft ist mit einem Anteil von 40 Prozent am Umsatz eines von drei Standbeinen des Betriebs. Gewinne erwirtschaftet Dohle aber nur mit dem Lohnunternehmen und der Vermietung von Gästezimmern. Laut Landwirtschaftskammer Nordrhein-

Westfalen betrug der durchschnittliche Stundenlohn in der Milchwirtschaft im Wirtschaftsjahr 2008/2009 etwa 9,70 Euro. Die Spannweite lag zwischen 2,90 und 17,20 Euro. Mit ernster Miene erzählt Dohle von Landwirten, die vor etwa zehn Jahren bei guter Preislage investiert hätten

und dann vom Preisverfall überrascht worden seien. Viele Maschinen seien gleich wieder zurückgenommen worden. Dohle ist besorgt über die zunehmende Abhängigkeit der Milchviehbetriebe von Dritten, von Banken, Genossenschaften und Molkereien. In Dänemark oder den Niederlanden gehöre bereits heute kaum ein Stall mehr den Bauern. Positiv sieht er die Kooperationen zwischen den Betrieben. „Vor drei Jahren wär' das ein Ding der Unmöglichkeit gewesen.“ Mit einem Lächeln fügt er hinzu: „Das ist ja nicht nur die Arbeit, wir grillen zusammen, treffen uns mit den Kindern. Vor dem Milchstreik hat man immer gedacht: Ich muss einen Liter mehr als mein Nachbar melken“, so Dohle. Dass nicht alles nur positiv ist, kann Christian Kroll-Fiedler



Franz-Josef Dohle erhält für die gentechnikfreie Milch einen festen Zuschlag.

(50), Biolandwirt und Vorsitzender bei der Bio MEG Nord, berichten. Die Gespräche seiner MEG mit der Bio-Molkerei Söbbeke wurden zuletzt abgebrochen, so Kroll-Fiedler, da der bisher gezahlte Preis von 38 Cent pro Liter sinken sollte. Die Gespräche hätten zu keinem Ergebnis geführt.

Bernhard Sirch (50) und seine Frau

Kordula betreiben im Unterallgäu einen Hof mit 37 Hektar. Für ihre Milch bekommen sie von ihrer Molkerei derzeit 31,50 Cent pro Liter. Ohne Abschreibungen könne Sirch

zur Zeit „einigermaßen mit-halten“, jedoch seien keine großen Investitionen möglich. In seiner Umge-

bung stiegen die Pachtpreise durch Biogasanlagen sowie zwei Betriebe mit jeweils mehr als 800 Kühen. Habe der Preis vorher bei etwa 200 Euro pro ha gelegen, so zahle man jetzt bis zu 600 Euro. Nicht selten würden die Flächen gleich von den industriellen Betrieben aufgekauft. Georg Popp (53) aus Pähl im Landkreis Weilheim/Schongau will seinem 23-jährigen Sohn von der Hofübernahme abraten. Er möchte die Milchviehwirtschaft aufgeben, wenn es in den kommenden zwei Jahren keine gravierenden politischen Änderungen gibt. „Ich arbeite nicht, um das erwirtschaftete Geld aus den anderen Betriebszweigen in die Milcherzeugung zu stecken.“ Der Netto-Milchpreis von derzeit 31 Cent/kg deckt nicht einmal die Kosten, von der Bildung von Rücklagen und notwendiger Investition ganz abgesehen. Der 70 ha große Betrieb mit 50 Tieren ist zu einem Großteil auf Pachtflächen angewiesen und die gestiegenen Pachtpreise sind ein großes Problem. Frustriert ist der im BDM engagierte Popp über Landwirte, die aus Resignation weiter auf Größe setzen, obwohl ihnen dies finanziell nichts einbringe. „Wir kommen momentan über die Runden“, sagt Elisabeth Waizenegger (47) Milchbäuerin in dem Dorf Legau in Bayern. „Wir sind ein Biobetrieb und erhalten deshalb einen höheren Milchpreis als unsere konventionellen Kollegen. Das hilft uns zur Zeit.“ Sie betreibt mit ihrem Mann einen Hof mit 45 Milchkühen. „In den letzten zwei Jahren geht es eigentlich nur noch bergab mit dem Milchpreis“, sagt die Milchbäuerin. Sie ist trotzdem zuversichtlich: „Es ist noch nicht aller Tage Abend. Die Diskussion um eine andere Agrarpolitik findet auch in der Öffentlichkeit statt. Damit steigt der öffentliche Druck auf die Politik, etwas zu ändern. Und zwar im Sinne der Bäuerinnen und Bauern.“ *bt/ch*

„Ich arbeite nicht, um das erwirtschaftete Geld aus den anderen Betriebszweigen in die Milcherzeugung zu stecken.“

Will Müllermilch Bauern mundtot machen?

Nach der Blockade der Molkerei in Leppersdorf verklagt der Konzern einzelne Bauern auf Schadensersatz

Der Milchstreik 2008 war eine bundesweite Bewegung, durch die Bauern auf ihre finanzielle Situation aufmerksam gemacht haben. Vom 1. bis 3. Juni kam es auch vor der Molkerei Sachsenmilch im sächsischen Leppersdorf zu einer Demonstration und Blockade des Werks. Das Tochterunternehmen der Müller-Gruppe klagte auf Schadensersatz und das Unterlassen von Blockaden seiner Molkerei. Ende April dieses Jahres ist ein Teilurteil vor dem Landgericht Bautzen gegen den BDM und zehn Landwirte ergangen. Den Landwirten droht zukünftig bei ähnlichen Aktionen ein Ordnungsgeld von bis zu 25.000 Euro. Weiter hat das Gericht die Schadensersatzpflicht der Beklagten festgestellt. Der BDM hat daraufhin Berufung eingelegt.

BDM ging in Berufung

„Hätte das Urteil Bestand, wäre es den Landwirten und Bauernorganisationen zukünftig nicht mehr möglich, deutlich auf die Marktsituation der Milchbauern hinzuweisen“, sagt Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM. „Wir lassen uns nicht einschüchtern.“ Seiner Meinung nach gehe es vielmehr um die grundsätzliche Auslegung des Gerichts. Hat es sich bei der Versammlung um eine rechtswidrige Blockade oder eine Kundgebung gehandelt? BDM-Anwalt Michael Günther erläutert, die Versammlung sei spontan erfolgt. Dies zeigte die fehlende Anmeldung. Auch habe es keinen Versammlungsleiter gegeben. Doch laut Günther könnten auch Versammlungen wie angemeldete Demonstrationen mit Blockaden verbunden sein, ohne als rechtswidrig zu gelten. Eine Absicht hat das Gericht nach Günthers Aussage hinter der friedlichen Versammlung nicht feststellen können. Faktisch sei es jedoch zur Blockade des Werks gekommen.

Blockade oder Demonstration?

Laut den Akten des Anwalts hätten Polizei und Landkreis bereits vor Eintreffen der Bauern die Molkerei-Zufahrtsstraße „An den Breiten“ abgesperrt. Am zweiten Tag sei diese Zufahrt nach Absprache mit den Demonstranten und der Werksleitung durch die Polizei geöffnet worden, da die angrenzende Ortsdurchfahrt durch die abgestellten Traktoren behindert wurde. Die Polizei habe den Fahrzeugen damit die Werkszufahrt zugewiesen. Die Werksleitung habe zu keiner Zeit gefordert, die Versammlung aufzulösen, so Schaber. Es hätte lediglich Gespräche zwischen Werksleitung und Landwirten gegeben, um die Mol-



Bauernmacht gegen Molkereimoloch. Demonstration bei der Sachsenmilch im Jahr 2008 Foto: DPA

kerei zu neuen Preisverhandlungen mit dem Einzelhandel zu bewegen. Laut Günther habe Sachsenmilch die Möglichkeit einer einstweiligen Anordnung durch das Verwaltungsgericht mit dem Ziel, einen Schaden abzuwenden, nicht genutzt. Daher seien die Landwirte von der Rechtmäßigkeit ihres Handelns ausgegangen. Eine Versammlung sei laut Artikel 8 des Grundgesetzes und in Anlehnung an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts rechtmäßig, solange sie von der Polizei begleitet und nicht aufgelöst wird. „Dies ist wichtig, denn die Teilnahme an Demonstrationen darf nicht mit unkalkulierbaren Risiken verbunden sein“, sagt Günther. Die Blockade in Leppersdorf wurde von der Polizei nicht aufgelöst. Stattdessen habe sie sich am dritten Tag selbstständig aufgelöst. Sachsenmilch erklärte auf Anfrage der *Bauernstimme* nicht, warum Gesprächsangebote des BDM im Vorfeld der Blockade verweigert wurden.

Ist ein Schaden entstanden?

Die Molkerei beziffert den entstandenen Schaden nach Aussage des Landgerichts Bautzen auf insgesamt etwa 680.000 Euro. Laut Unterlagen Günthers konnten etwa 16,3 Mio. kg Milch nicht angeliefert werden. Auch blieben Produkte im Werk. Das Unternehmen selbst äußerte sich gegenüber der *Bauernstimme* nicht. Vor dem Oberlandesgericht Dresden – dort ist der nächste Verhandlungstermin am 12. Oktober – muss sich zeigen, ob das Urteil Bestand hat. Gesetzlich ist der Fall, muss in einem zweiten Schritt die Schadensersatzsumme durch einen Gutachter festge-

stellt werden. Schaber: „Müllermilch will ein Exempel statuieren.“ In einer schriftlichen Erklärung des Unternehmens hieß es hingegen, die Klage sei ausschließlich sachlich motiviert und Ausdruck eines demokratischen Rechtsverständnisses. Es ginge nicht darum, die Milchbauern per se an den Pranger zu stellen. *ch*

Die Müller-Gruppe ein Riese auf dem Milchmarkt

Die Sachsenmilch AG gehört wie Weihenstephan und die Molkerei Alois Müller zur multinational tätigen Theomüller-Gruppe. Beim Hauptwerk, der Sachsenmilch in Leppersdorf, werden jährlich 1,5 Mrd. Kilogramm Milch verarbeitet. Die Molkerei Weihenstephan in Freising hat eine Kapazität von 223 Mio. kg Milch. Stammsitz der Unternehmensgruppe Müller ist Aretsried. Dort liegt das Milchaufkommen pro Jahr bei 116 Mio. kg. Die drei größten Molkereien in Deutschland waren 2009 die Nordmilch AG mit 2,5 Milliarden Euro Umsatz. Ihr folgte die Humana-Gruppe mit einem Umsatz von 2,3 Milliarden Euro. Die Müller-Gruppe stand mit 1,768 Milliarden Euro Umsatz an dritter Stelle. Insgesamt verarbeitet sie jährlich 2,2 Mrd. kg Milch. *en*

8.000er-Milchviehanlage gestoppt

Vorerst gestoppt sind die Pläne zum Bau des größten europäischen Milchviehbetriebs im mittellenglischen Lincoln. Eine Gruppe von Landwirten unter Führung von Peter Willes von Parkham Farms, der bereits zwei 2.000-Huhn-Farmen leitet, hat den Antrag auf den Bau einer Anlage mit 8.100 Kühen vorerst zurück gezogen. Zahlreiche Bürger, Gemeinden, Behörden und sogar die englische Umweltagentur hatten sich beim Genehmigungsverfahren gegen die „factory farm“ (Agrarfabrik) zu Wort gemeldet. Viele Beobachter sehen einen Zusammenhang zwischen diesen Plänen und dem massiven Sterben von bäuerlichen Milchviehbetrieben, wodurch 15 Prozent der Quoten frei wurden. Sie warnten vor Verhältnissen wie in den USA, wo die Milchwirtschaft mittlerweile in den Händen von 40 Familien liege, mit Großbetrieben zwischen 2.000 und 30.000 Kühen. *en*

Sie rollen wieder

Die Bundesregierung diskutiert derzeit über eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, obwohl die Frage nach dem Verbleib der bisherigen radioaktiven Abfälle noch nicht geklärt ist. Anfang November sollen nun erneut Castoren aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague nach Gorleben rollen, weiss Edelgard Gräfer von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Insgesamt elf Behälter mit radioaktivem Müll werden mit der Bahn nach Lüchow-Dannenberg verbracht, von dort auf LKWs verladen und zum Zwischenlager nach Gorleben transportiert. „Wir werden alles daran setzen, dass sie diesen Weg nicht nehmen können“, so die aktive Atomkraft-Gegnerin. Derzeit befinden sich schon 92 Behälter mit radioaktivem Müll in dem Zwischenlager. *mh*

Polizei verhaftet Amflora-Aktivisten

40 Gentechnik-Aktivisten aus England, Frankreich und Deutschland, darunter die Junge AbL und die Initiative Gendreck-Weg, haben am 27. August nahe des BASF-Ackers in Mecklenburg-Vorpommern, auf dem die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora angebaut wird, die Europäische Feldbefreierbewegung (EFLM) ausgerufen. Sie forderten ein Anbau- und Importverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen in Europa. „Nachdem der EU-Kommissar Dalli die Entscheidung über den Anbau von Genpflanzen auf die Mitgliedsstaaten verlagern will, haben wir uns als Europäische Bewegung zusammengeschlossen, um europaweit gegen den Anbau von gentechnisch modifizierten Organismen vorzugehen“, so die Französische Feldbefreierin Francisca Soler. Die anschließende Demonstration in Zepkow am Acker wurde den Umweltschützern verboten. Die Polizei verhängte eine Bannmeile von 1.000 m zum Feld. Ein als „Gentech-freie Kartoffel“ verkleideter Aktivist, der auf das Feld gelangt war, wurde verhaftet. Unterstützung fanden die Forderungen der EFLM für eine sofortige Entsorgung der Amflora-Kartoffel durch Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister Till Backhaus, der unangekündigt zur Pressekonferenz der Feldbefreier kam. Laut EFLM gibt es keine ausreichende Rechtsgrundlage, die Amflora in Deutschland anzubauen. Deswegen sei die BASF für sämtliche Schäden voll verantwortlich. *pm*

Keine Spiele mit Bauern

Die Winterolympiade 2018 wirft ihre Schatten voraus. Bauern und Grundbesitzer im bayerischen Garmisch-Partenkirchen weigern sich, ihre Flächen zu verpachten, weil sie gegen die Spiele sind. Für den Bau von Parkplätzen, Straßen, Hotels, Wohnflächen und Stadien wollen die Veranstalter das Land von insgesamt 80 Bauern und Grundbesitzern nutzen. Diese befürchten jedoch, dass ihnen Weideplätze für ihre Tiere verloren gehen und ihre Flächen durch Emissionen, Staub und Müll zerstört werden. Sie sehen zudem die jahrhundertalte Kulturlandschaft und mit ihr die Artenvielfalt in Gefahr. „Die Olympiade ist viel zu groß für die Gebirgstäler“, kritisiert auch Axel Doering vom Bund Naturschutz in Bayern e.v. die Pläne. Zusammen mit Anderen strebt der Förster ein Bürgerbegehren gegen die Austragung des Megaevents in dem kleinen Alpenort an. In Oberammergau, das ebenfalls für die Austragung der Spiele vorgesehen war, zeigte der Widerstand der Bevölkerung bereits Erfolg, berichtet Döring. Nach einer Bürgerinitiative und der Weigerung von Bauern und Grundbesitzern, ihr Land zu verpachten, wurde der Ort aus der Olympioplanung gestrichen. *mh*

Landwirte im Widerstand

Ein Melker bei Rostock ließ polnische Fremdarbeiter in seiner Stube polnischen Rundfunk hören und kam dafür ins Gefängnis. Ein ostpreußischer Landwirt nannte den Krieg 1944 verloren und kam ins KZ. Ein Bauer hinderte Hitlerjungen an der Verteidigung des Dorfes gegen die Amerikaner und wurde erschossen. Der Rostocker Landwirt Gerhard Fischer stellt in Alt Schwerin in einer Ausstellung 36 „Landwirte im Widerstand“ vor. *en*

Kurzes am Rande

Nachruf

Servus Sepp!

Drei Tage nach dem Tod seiner Frau Gertraud ist Sepp Daxenberger aus Waging/Oberbayern im Alter von nur 48 Jahren gestorben. Sie hinterlassen drei Kinder. Eine Nachricht, die Abler traurig macht und unser tiefes Mitgefühl ist bei den Kindern und Angehörigen.

Sepp war ein besonderer Mensch, ein Urgestein. Wenn man ihn kennen lernte, mochte man ihn. Er war ein Volksvertreter, dem die Menschen vertrauten, bei denen sie ihre Probleme und Forderungen ernst genommen und gut aufgehoben fühlten. Als gelernter Schmied übernahm er den elterlichen Bauernhof und wurde Biobauer. Sein Herz schlug für die Bäuerinnen und Bauern weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus. Für die AbL war Sepp ein Glücksfall, weil er nicht eine Parteilinse aufsetzte, sondern stets hart und fair über die politische Sache gestritten hat. Er hat bei der Gründung des bayerischen AbL-Landesverbandes mitgemacht. Er war anfangs stellvertretender Landesvorsitzender, bevor er im bayerischen Landtag als grüner Fraktionsvorsitzender sich schnell den Respekt aller Parteien verschaffte und zu einem der populärsten Politiker in Bayern wurde. Er hat in unzähligen Fällen die Belange der bäuerlichen Landwirtschaft in Veranstaltungen und im Landtag zum Thema gemacht. Unvergessen auch sein starkes Eintreten für die Milchbauernbewegung. Unvergessen, als in Rosenheim

durch Intervention der CSU und des Bauernverbandes eine geplante Großkundgebung der AbL nicht stattfinden konnte. Sepp Daxenberger sprang kurzfristig in die Bresche und teilte telefonisch mit: „Das kriegen wir hingebogen. Dann machen wir das halt bei mir in Waging.“ Ein Ort, wo CSU und SPD keine Chancen hatten und Sepp als erster grüner Bürgermeister in Deutschland zwölf Jahre fest verankert war. Im Juni trat er als Fraktionsvorsitzender im Landtag zurück, gezeichnet vom Kampf gegen die Krebserkrankung. Bei seiner Frau wurde ebenfalls eine Krebserkrankung festgestellt. Sepp wollte seine Zeit nutzen, vor allem für die Familie, die trotz aller Schwierigkeiten sehr wichtig für ihn war.

Wir können viel von Sepp lernen: Nicht abgehoben sein, überheblich, besserwisserisch, sondern eine erdverbundene und tief verwurzelte Arbeit führt weiter. Er war einer, der was umbiegen kann, aber sich selber nicht verbiegen lässt. Mit dem man nicht nur diskutieren, streiten und lachen, sondern auch praktisch was anpacken und bewegen kann. Sepp, Du wirst uns fehlen. In Erinnerungen und Gesprächen wirst Du uns erhalten bleiben, auch und gerade als liebenswürdiger Mensch und guter Freund. Servus Sepp.

*Georg Janßen
AbL-Bundesvorstand
AbL-Landesvorstand Bayern*



Betriebsspiegel:

107 ha (43 ha eigen, 64 ha Pacht)
72 ha Grünland, 35 ha Acker
60 Milchkühe im Boxenlaufstall,
2 Zuchtbullen
Weibliche Nachzucht wird behalten,
Bullenkälber zur Mast verkauft
13 ha Vertragsnaturschutz (extensive
Weidewirtschaft)
Ackerland: 67 % Klee gras, 33 % Ge-
treide (Hafer, Sommerweizen)
verheiratet mit Birte, 5 Kinder
Zwei mithelfende Altenteiler,
ein Azubi

Es gibt ja nicht viele Dinge im landwirtschaftlichen Bereich, die nun wirklich noch gar nicht wissenschaftlich oder wenigstens wissenschaftlich verbrämt untersucht worden sind. Mir zum Beispiel stellt sich seit Jahren die Frage, welchen Einfluss der Termin des wöchentlichen Kälberhändlerbesuchs auf das Geburtsverhalten der Milchkühe ausübt, zumindest dann, wenn die Geburt eines Bullenkalbes ansteht. Viele Milchbauern machen es ähnlich wie ich: Alle weiblichen Kälber werden für die Nachzucht erst einmal behalten, alle Bullenkälber werden, meist über

Kälberhändler, in die Kälber- oder Bullenmast weiter verkauft.

Seit Einführung der Viehverkehrsverordnung dürfen Kälber erst im Alter von mindestens 14 Tagen verkauft werden. Seitdem stellen die Kälberhändler – zumindest die, die ich kenne – vermehrt fest, dass die meisten Bullenkälber, die sie einkaufen, exakt 14 Tage vor ihrem Erscheinen auf dem Hof geboren wurden.

Ich kenne drei Kälberhändler. Einer fährt montags seine Tour, einer dienstags und einer mittwochs. Ganz nebenbei führte ich, als ich sie unabhängig voneinander traf und mit ihnen ins Plaudern kam, empirische Befragungen zum Thema durch. Der Montagskälberhändler meinte, mindestens 95 Prozent der Bullenkälber, die er einkaufe, seien Montagskälber, während die Dienstkälberhändlerin zu neun Zehnteln, wie sie sagte, Dienstkälber habe. Was der Mittwochskälberhändler sagte, kann man sich vorstellen.

Laut mündlicher Auskunft des LKV Schleswig-Holstein belegt die Bullenkälbergeburtstatistik jener Milchvieh-

betriebe, die ihre Bullenkälber verkaufen, eine deutlich überproportionale Häufung der Geburten an den Kälberhändler Tagen Montag, Dienstag und Mittwoch, während auf diesen Betrieben von Donnerstag bis Sonntag unter zehn Prozent der Bullenkälber zur Welt kamen. Im Gegensatz dazu werden Kuhkälber auf den gleichen Betrieben in Normalverteilung über alle Wochentage hinweg geboren. Auf weitere Nachfrage hin wurde mir gesagt, dass auf Milchviehbetrieben, die ihre Bullenkälber zum Selbermästen behalten, sowohl Bullen- als auch Kuhkälber eigentlich ständig ohne besondere wochentägliche Häufung das Licht der Welt erblicken.

So viele Informationen, doch die Frage bleibt: Warum nur, warum? Wie in aller Welt lässt sich dieses bemerkenswerte Phänomen erklären? Ich sprach darüber mit einem Bekannten, einem Agrarwissenschaftler, der als landwirtschaftlicher Berater tätig ist. Der äußerte die Vermutung, die jeweiligen Bäuerinnen und Bauern würden die Geburtsdaten ihrer Kälber so Elisabeth-Taylor-mäßig manipulieren, mit dem

Unterschied, dass Elisabeth Taylor sich jünger machte, als sie eigentlich war, um knackiger zu wirken, was aber auch nicht half, während die Bullenkälber älter gemacht werden, um früher verkauft werden zu können, was in der Tat wirklich helfen würde – man müsste sie einige Tage lang nicht tränken, soll das doch der Mäster machen, und gerade Bullenkälber stellen sich ja beim Saufenlernen oft erstaunlich blöde an; sie sind einfach dümmer, Jungs machen ja auch nachgewiesenermaßen seltener Abitur als Mädchen. Eine glänzende Idee also.

Trotzdem halte ich das für ausgeschlossen. Die so redlichen, fleißigen, gesellschaftlich hoch angesehenen Milchbäuerinnen und -bauern, die täglich in aller Frühe in den Melkstand gehen, um dem Euter der Kühe im Schweiß ihres Angesichts den so wunderbaren weißen Lebenssaft zu entlocken, ausgerechnet diese wahren Vorzeigebürger unseres Landes sollen bei den Geburtsdaten ihrer Bullenkälber im großen Stil systematisch betrügen, ja, bescheißen? Das kann und will ich nicht glauben.

Aber ich habe eine andere Erklärung. Es muss mit den Suggestivkräften der bäuerlichen Gedanken und Wünsche zusammenhängen. Die Bäuerin und der Bauer wünschen sich beim Umgang mit dem sich auf die Geburt vorbereitenden Tier, dass es, sollte es ein Bullenkalb gebären, doch am Tag der Kälberhändler tour niederkomme, damit man das Kalb nur zwei Wochen und nicht zweieinhalb oder fast drei tränken müsse. Die Kuh spürt das, und schon setzen die Wehen ein; denn eine gute Kuh tut alles, um ihrer Bäuerin oder ihrem Bauern oder am besten beiden zu gefallen. Das kann ich mir vorstellen. Auf unserem Hof jedenfalls ist das so. Bullenkälber werden nur montags geboren, und alle sind zufrieden damit. Auch der Kälberhändler.

Matthias Stührwoldt

Ein ungelöstes Rätsel

Wir sind ein gemeinnütziger Verein mit überwiegend ehrenamtlich engagierten Menschen, die einen kleinen Bauernhof betreiben, auf dem Schulklassen, Kindergruppen, aber auch Eltern mit ihren Kindern mitarbeiten können. 20 Jahre Vereinsarbeit mit vielen Höhen und Tiefen – von der Bedrohung, geschlossen zu werden, bis hin zur Verleihung des Bürgerpreises 2007.

Der Hof ist kein Erwerbsbetrieb, sondern eine pädagogische Einrichtung. Die Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen, füttern und versorgen die Tiere. Ställe werden ausgemistet, Futter und frisches Stroh wird herangeschafft, im Garten wird gesät, gepflegt und geerntet. Auf dem Acker wird Unkraut gezupft, Mais gelegt, werden Kartoffeln gesetzt, geerntet und vieles mehr. Es sind Basiserfahrungen, die die Kinder wieder erden sollen. Dadurch dass sie selber Hand anlegen, werden ihnen Zusammenhänge bewusst, die Schule und Kindergarten auch nicht ansatzweise über Filme oder Zugucken vermitteln können. Manch ein Kind weiß schon etwas, weil Opa und Oma noch einen Bauernhof haben. Aber diese „Experten“ werden immer weniger. Die urbane Welt, in der Kinder heute aufwachsen müssen, scheint zunehmend virtuell. Sie findet in Computerspielen und Fernsehserien statt. Umso wichtiger ist es, dass unser Nachwuchs



20 Jahre Schulbauernhof

Möglichkeiten bekommt, zu ERLEBEN woher unsere Nahrungsmittel kommen, wie sich echte Erde oder ein Huhn anfühlt. Es ist nicht immer die lila Kuh, die die Kinder auf dem Hof vermuten. Ganz so plakativ ist es nicht. Aber wer keinen Bezug zur Landwirtschaft hat, wer nie frisches Heu gerochen, nie Tiergeburten miterlebt, nie Wachstum verfolgt oder Tod akzeptieren gelernt hat, der wird sich auch nie für die Produkte interessieren, die Landwirtschaft hervorbringt. Wir sind seit 20 Jahren ganz nah dran an diesem Thema und die Frage eines 12-jährigen im Hühner-

stall, der ins Legenest schaut und etwas verunsichert beim Herausnehmen des Eis fragt, ob das denn nun hart oder weich ist, werde ich nicht vergessen. Sie mögen schmunzeln, wenn's nicht so traurig wäre. Wir sind unseren Kindern die Antworten schuldig durch aktive Teilhabe – Lernen durch Tun. Und wir brauchen noch viel mehr Lernorte auf dem Bauernhof. Auf Bundesebene hat sich schon vor über 10 Jahren die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof gegründet. In NRW gibt es eine Landesinitiative, die die Kampagne 5 aus 2000 ins Leben gerufen hat. 5 Tage

von 2000 Schultagen im Laufe eines Schullebens soll ein Kind die Möglichkeit haben, auf einem Bauernhof mitzuarbeiten. Mit dieser Forderung werden wir im Herbst an den oder die neue Ministerpräsidentin in NRW herantreten – vielleicht lernen die ja auch dazu und tun was. Vielleicht?!

Ute Wichelhaus

Betriebsspiegel:

8 ha Äcker und Wiesen
12 Schafe mit Nachzucht
2 Wollschweine mit Nachzucht
6 Vorwerk-Hühner, Kleintiere
Gartenbau

Die Klimafolgen, die Getreidepreise und der Welthunger

Kann es unseren Ackerbauern nur gut gehen auf Kosten anderer?

In den letzten zwei Monaten sind die Getreidepreise massiv gestiegen. B-Weizen wird mit 17 bis 19 Euro je Dezone und damit um ein Drittel höher als im Vorjahr notiert, Roggen und Futtergerste mit 15 Euro, ähnlich Mais, Futterweizen, Triticale und Braugerste. Die Ursachen: trockenheits- und katastrophenbedingte Ernteausfälle in den traditionellen Getreide-Exportländern Russland, Ukraine, Kasachstan, Kanada, Pakistan, Europa und evtl. auch Australien. Um den sozialpolitisch wichtigen Brotpreis niedrig zu halten und die Futtergrundlage für den Aufbau der eigenen Tiererzeugung zu sichern, kündigten Russland und die Ukraine einen Exportstopp an.

Erzeugerpreise und Betriebskosten

Nur begrenzte Freude über die gestiegenen Preise haben all jene, die nach der Julihitze und dem nassen August niedrigere Ernten und Qualitäten verzeichnen mussten. Besondere Probleme haben diejenigen, die vorab in Zeiten niedriger Getreidepreise Zukunfts-Kontrakte abgeschlossen hatten, die sie jetzt bedienen müssen – obwohl sie die geforderten Qualitäten nicht geerntet haben: Backfähiger Weizen ist knapp und wird derzeit in der Hoffnung auf weiter steigende Preise gelagert. Die Mühlen haben die Mehlpreise bereits angehoben, die Bäcker ihre Produkte ebenfalls (trotz Anteils der Getreidekosten am Brötchen von nur 0,5 Cent). Voraussichtlich werden auch Parteien mit weniger als den üblichen Rohprotein-Gehalten und Fallzahlen als Backweizen oder Brotroggen vermarktet werden können. Auf der anderen Seite bleibt ungewiss, inwieweit die Preise für Futtergetreide mit ansteigen – angesichts der umfangreichen nicht backfähigen Parteien. Derzeit erhöhen die Mischfutter-Hersteller die Preise, was die Spannen der Milchbauern, der Schweinehalter und der Geflügel-Vertragsmäster deutlich verringern dürfte. Angesichts eines schlechten Mais-Jahres und anwachsender Biogas-Anlagen wird das Futter auch hier knapp. Unter dem Eindruck steigender Getreidepreise kündigt sich eine weitere Fusionswelle innerhalb des Oligopols der sechs bis sieben Düngemittel-Hersteller an. Westliche und chinesische Bergbaukonzerne pokern um die Übernahme des weltgrößten Dünger-Produzenten Potash, um Mosaic (Cargill), Agrium und auch um K+S, auch bei den osteuropäischen Kaliproduzenten deutet sich eine Fusion an. Preiserhöhungen stehen auch bei Pflanzenschutz, Agrartechnik und Saatgut an.

Versagt hat die Marktberichterstattung, die noch Ende Juni ein Anhalten der rüchös niedrigen Getreidepreise prognostizierte. Viele vermuten, dass die statistisch ausgewiesenen Getreide-Lagerbestände nicht stimmten und dass die multinationale „ABCD-Gruppe“ der Getreidehändler und -verarbeiter (ADM, Bunge, Cargill, Dreyfus) hier ihre Marktmacht ausspielt. Die Marktprognosen werden auch dadurch erschwert, dass die Finanzspekulation die marktbedingten Trends massiv nach oben (und vermutlich nach unten) verstärkt.

Marktprognosen und Spekulation

Spekulationen auf Spitzenpreise wie im Erntejahr 2007 dürften allerdings trügen: Damals gab es zwar auch Miss-

Getreide oberhalb von 20 Euro/dt zu verkaufen und nicht spekulativ zu lagern, scheint diesmal stärker ausgeprägt. Empfehlungen lauten, die jetzige Preissituation zu nutzen und zwecks Risikoverteilung jetzt einen Teil des Getreides zu verkaufen. Immerhin wird bereits über eine weitere und vielleicht verstärkte Getreideknappheit im nächsten Erntejahr spekuliert: Offen ist, ob z.B. in Russland und Pakistan noch die Wintergetreide-Aussaat im September klappt.

Ausverkauf: Land-Grabbing

In welchem Ausmaß auch immer – steigende Getreidepreise gehen zu Lasten der 72 Länder, die zur Ernährung ihrer Bevölkerung auf Zukäufe angewiesen



Die Getreideernte 2010 ist vom Regen bestimmt.

Foto: Niemann

ernten (in Australien, Nordafrika und in der Ukraine) und Exportbeschränkungen (in Russland, Ukraine und Kasachstan). Auch damals suchten die krisenhaften Finanzmärkte neue Anlagebereiche bei Rohstoffen. Aber diesmal sind die Welt-Getreidevorräte nach zwei hohen Ernten höher, der damalige preistreibende Anstieg der Verarbeitung von Getreide zu Biosprit ist diesmal schwächer. Einen Teil der Ernteausfälle werden Lieferungen aus der hohen US-Ernte kompensieren. Unklar bleibt die weltweite Konjunkturbelebung und deren Einfluss auf die Nachfrage nach tierischen Produkten und Futtergetreide.

Die meisten Ernteschätzungen sehen die weltweite Getreide-Ernte noch oberhalb der magischen Grenze von 650 Mio. Tonnen (geschätzter Verbrauch: 665 Mio. t). Die Bereitschaft,

sind. Die verringerten und teuren Zukaufsmengen erhöhen den Hunger der Armen in den Städten. Eine Milliarde Menschen (ein Fünftel der Menschheit) ist schon jetzt unterernährt, die gestiegenen Nahrungsmittelpreise haben 200 Millionen Menschen seit 2008 in die Unterernährung zurück gestoßen, bei 175 Millionen Kindern bleiben Hungerschäden zurück.

Finanzfonds empfehlen ihren Anlegern, weiterhin auf einen Preisanstieg bei Getreide zu setzen. Sie spekulieren auf eine wachsende Weltbevölkerung, den Klimawandel, den zunehmenden Fleischverzehr in den Schwellenländern, auf die zunehmende Konkurrenz von „Biosprit-Tank und Teller“ und auf die durch Misswirtschaft, Erosion, Trockenheit, Versalzung und Bebauung weiter abnehmenden Anbauflächen. Inwieweit mittelfristig steigende Er-

träge in Russland und die Selbstversorgung Chinas und Indiens diesen Trend schwächen, bleibt ungewiss.

Nicht nur die großen Agrarkonzerne versuchen unter dem Deckmantel der „Grünen Revolution“, ihre Absätze und ihren Einfluss auf ganze Weltregionen weiter auszubauen. Aus Misstrauen in die Funktionsfähigkeit der Getreidemärkte, so der Journalist Wilfried Bommert in der *ZEIT*, versuchen zahlungskräftige Agrarimporteure, statt der Ernten lieber gleich die Anbauflächen selbst zu kaufen: China, Saudi-Arabien, Golf-Emirate, Südkorea, Libyen, Ägypten und Indien – mit riesigen Bodenkäufen in Laos, Kambodscha, Sudan, Äthiopien, Republik Kongo, Mosambik, Uganda und Senegal. „Off-Shore-Farming“ oder auch „Land-Grabbing“ nennt man diese „neue Form von Agrarkolonialismus, die Enteignung ganzer Landstriche und die Besetzung von nationalen Kornkammern“. Bommert zeichnet das Bild von Hungernden, die militärgeschützte Transporte von solchem Export-Getreide durch ihre Dörfer fahren sehen.

Weltagrarbericht und Mengen

Es gehe den hiesigen Ackerbauern „eben immer nur dann gut, wenn es den Kollegen in anderen Ländern schlecht ergeht“ – so Chefkommentator Bickert in den *Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*. Sind Missernten und Hunger anderswo die Bedingung für die Existenz der Landwirte hierzulande? Eine Strategie, die darauf zielt, die Hungernden der Welt abhängig zu halten von den Ernten, Exporten und Preisen einiger Exportländer, ist aussichtslos und zynisch. Der Weltagrarrat fordert zur Beseitigung des Hungers und der Klimafolgen eine Verringerung der ungeheuren Verluste innerhalb der Nahrungsketten, die Beendigung der wasser- und bodenvernichtenden Agrarindustrie-Bewirtschaftung, die Senkung der Produktion von Fleisch und Biosprit – und vor allem die regional angepasste Förderung von extensiven Anbaustrategien von Kleinbauern, deren Marktzugang und der Ernährungssouveränität der Länder. Die dazu passende hiesige Strategie könnte lauten: Stärkere Ausrichtung der Produktion auf den EU-Bedarf und die Sicherung besserer Erzeugerpreise durch mengenbegrenzende Strategien – z.B. durch eine Eiweißstrategie, die Importsoja ersetzt durch heimische Eiweißfrüchte.

Eckehard Niemann

Brokkoli als Stellvertreter für über 1.000 Patentanträge

Patentkritiker fordern Verbot auf Patente für Tiere und Pflanzen

Überraschend bei der Verhandlung über das Brokkolipatent am 21. und 22. Juli im Europäischen Patentamt (EPA) in München war laut Ruth Tippe, Patentexpertin der Initiative „Kein Patent auf Leben“, nicht etwa der Verhandlungsverlauf. Es sei im Kern um die Frage gegangen, ob es sich um ein im Wesentlichen biologisches oder um ein technisches Zuchtverfahren handele (die *Bauernstimme* berichtete in der letzten Ausgabe). Dagegen wurde am Rande der Verhandlung in der Großen Beschwerdekammer interessanterweise bekannt, dass hinter dem Patentantrag nicht nur – wie bisher angenommen – die britische Firma Plant Bioscience steckt. Seine Finger im Spiel hat der multinationale Agrarkonzern Monsanto.

„Monsanto hat Finger im Spiel“

Im Gespräch mit der *TAZ* sagte Monsanto-Sprecher Andreas Thierfelder im Juli: „Unser Tochterunternehmen Seminis ist Lizenznehmer des Patents.“ Damit habe nur Seminis das Recht, Samen des angeblich krebsvorbeugenden Brokkoli zu verkaufen. Das Aufkaufen großer im Gemüsebereich tätiger Saatgutunternehmen ist für Monsanto kein Novum: 2008 übernahm der Konzern das niederländische Unternehmen DeRuiter, 2005 die amerikanische Firma Seminis. Neben Patenten auf diverse Gentechnik-Sorten besitzt Monsanto auch Rechte an konventionell gezüchtetem Soja und Mais, sagt Ruth Tippe, die Patentanmeldungen seit Jahren beobachtet. Christoph Then von Testbiotech vermutet, dass Monsanto im Fall des Brokkolipatents auch die Patentanwälte bezahlt.

Wird in dem Ende des Jahres erwarteten Urteil festgestellt, dass der Brokkoli auf einem im Wesentlichen biologischen Zuchtverfahren basiert, ist es nach europäischem Patentrecht nicht patentierbar. Nach Tippes Einschätzung würde dies im Fall des Brokkoli wenig verändern: „Uns geht's um die Produkte.“ Ist das Zuchtverfahren nicht zu patentieren, wird die Pflanze an sich, in diesem Fall der Brok-

der Auslegung bestünden, so Tippe. Angesichts der wachsenden Zahl der Patente großer Konzerne waren zu der Kundgebung vor dem EPA am 20. Juli laut Veranstalter rund 500 Demonstranten gekommen. Redner waren unter anderen die Agrarexperten Matthias Miersch (SPD) und Ulrike Höfken (Bündnis 90/ GRÜNE). Die Bundestagsabgeordnete sagte: „Das heute verhan-

tiertes Saatgut belasteten die Bauern und führen zu steigenden Preisen für die Verbraucher. Ein Bündnis aus über 300 Umwelt-, Landwirtschafts- und Entwicklungshilfeorganisationen rief die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für ein Patentverbot auf Pflanzen und Tiere einzusetzen.

Dies fordert auch die SPD in einem Antrag an die Bundesregierung. Darin heißt es weiter, die Regierung möge darauf hinwirken, dass der Begriff „im Wesentlichen biologische Verfahren“ im europäischen Recht deutlicher abgegrenzt werde. Auch müsse sichergestellt werden, dass aus solchen Zuchtverfahren hervorgegangene Pflanzen und Tiere nicht patentierbar seien. Das Verfahren zur Erteilung von Patenten am EPA sowie Kontrollmechanismen und Finanzierung sollen überprüft und den Herausforderungen angepasst werden. Zudem wird gefordert national und EU-weit auf eine stärkere Berücksichtigung von ethischen Einwänden hinzuwirken. Inzwischen ist beschlossen, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen auf Grundlage der SPD-Vorlage zu erarbeiten. Da das EU-Patentrecht in den wesentlichen Punkten über dem deutschen Patentgesetz steht, hat eine nationale Gesetzesänderung wenig Bedeutung. Eine Anpassung des deutschen Patentgesetzes könnte aber für mögliche Veränderungen in Brüssel richtungweisend sein. Bis zu der von Patentkritikern geforderten Änderung des Europäischen Patentübereinkommens und der EU-Biopatentrichtlinie bleibt ein weiter Weg. Ob und wann es auf deutscher und europäischer Ebene zu entsprechenden Anpassungen kommt und wie diese aussehen werden, bleibt deshalb abzuwarten. *ch*



Eine nicht zu patentierende Erfindung war die Patentverbrennungsmaschine von Gerd Portz, hier mit ABLern auf der Demonstration vor dem Europäischen Patentamt. Foto: Fritz

koli, als Patent angemeldet. Das Urteil des EPA zum Sonnenblumenpatent habe dies bereits gezeigt. Die Definition des Begriffs „Sorte“ wird dabei schlicht umgangen, da Sorten laut EU-Patentübereinkommen nicht patentierbar sind. Es sei deutlich, dass Lücken im Gesetz sowie zu viel Spielraum des EPA bei

delte Brokkoli-Patent steht stellvertretend für über 1.000 andere Patentanträge auf Pflanzensorten oder Tierrassen.“ Das Ziel der Antragsteller sei, über den Patentschutz Kontrolle über die „Produkte“ einer Pflanze oder eines Tieres möglichst bis auf den Teller der Verbraucher zu bekommen. Lizenzgebühren für paten-

Kuhhandel mit Gentechnik

Kanzlerin erteilt EU-Vorschlag zur Änderung des Gentechnik Zulassungs- und Verbotverfahrens eine Absage

Die Entscheidung über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen soll Sache der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten werden. EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz John Dalli hat vorgeschlagen, den EU-Ländern selbst die Entscheidung zu überlassen, ob sie den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zulassen oder verbieten wollen. Ein fragwürdiger Gesetzesentwurf, da sich neben Deutschland fünf weitere EU-Mitgliedsstaaten bereits erfolgreich gegen den Anbau von GVOs gewehrt haben. Zudem sieht der Gesetzesentwurf vor, Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen zu erleichtern. Bundeskanzlerin Angela Merkel kriti-

siert die Kommissionspläne. „Wir haben einen europäischen Binnenmarkt, um dann anschließend den Beschluss zu fassen, dass jedes Land und möglichst noch jedes Bundesland selber entscheiden kann, ob es jetzt die grüne Gentechnik anwendet“, sagte Merkel in der Sommerpressekonferenz in Berlin. „Wenn wir so weitermachen, ist der Binnenmarkt irgendwann mal an seinem Ende angekommen.“ Die Frage sei, ob dann auch jedes Land sagen könne, dass es solche Produkte ablehne oder nicht.

Auch Gentechnikgegner lehnen die Vorschläge der EU-Kommission ab. Ein „leicht durchschaubarer Kuhhandel“ kritisiert Martin Häusling, EU-

Abgeordneter von Bündis 90 Die Grünen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. „Nachdem es der Kommission in all den Jahren nicht gelungen ist, sich eine breite Zustimmung der Mitgliedsstaaten zur GVO-Zulassung zu sichern, versucht sie dies nun mit einem faden-scheinigen Deal zu erreichen“, so Häusling. Es bestehe die Gefahr, dass Gentechnikfirmen die Länder, die den GVO-Anbau verbieten wollen verklagen, da die EU-weite Zulassung von GVO beibehalten wird. Zudem liefern die Vorschläge keinen ausreichenden Schutz für solche Landwirte, welche sich gegen den Anbau von Gentechnik entschieden haben. „In einer ersten Folgenabschätzung hat die Kom-

mission anerkannt, dass die Umsetzung der Vorschläge zu negativen Auswirkungen auf die gentechnikfreie Produktion führen kann.“ Häusling fordert stattdessen, dass die Kommission sicherstelle, dass strenge Regeln zur Koexistenz in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Auch der BUND bezeichnete die Vorschläge als „gefährliches Blendwerk“. Es zeige sich erneut, dass die EU-Kommission mit ihrer gentechnikfreundlichen Politik meilenweit von den Interessen der Menschen entfernt sei, so Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin. „Die Europäer wollen keine Gentechnik. Nur Gentechnikindustrie will Gentechnik.“ mh

Attraktives Angebot mit faulen Nebenwirkungen

Gentechnikkonzern Pioneer bietet Bauern Soforthilfe an

In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass Saatgutkonzerne mit Gentechnik verunreinigte Partien ausgeliefert haben. Oft erfolgte die Rückrufaktion erst nach der Aussaat. Die betroffenen Bauern mussten in aller Regel ihre Äcker umbrechen und wurden entschädigt. Im Maissaatgut-Verunreinigungsfall der Firma Pioneer Hi-Bred vom Frühjahr 2010 allerdings (die *Bauernstimme* berichtete) lehnt das Unternehmen nach wie vor jedes Schuldeingeständnis und auch Schadensersatzleistung ab. Im Frühjahr 2010 hatte Pioneer konventionelles Maissaatgut, das mit in Europa zum Anbau nicht zugelassenem NK 603 verunreinigt war, an den Handel abgegeben. Der niedersächsischen Untersuchungsbehörde sind bei Routineuntersuchungen zwei betroffene Chargen aufgefallen. Wegen siebenwöchiger Verzögerungen seitens der Behörden aber auch der Firma Pioneer ist ein Großteil des verunreinigten Saatguts auf rund 2.000 Hektar im Bundesgebiet ausgesät worden. Die Behörden haben konsequenter Weise den Umbruch angeordnet. Jetzt wird darum gestritten, wer den Schaden der Bauern trägt.

Freiwillige Soforthilfe

Im August hat Pioneer zusammen mit dem Bauernverband fünf nicht öffentliche Informationsveranstaltungen für die betroffenen Bauern in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen durchgeführt. Etwa die Hälfte der Betroffenen waren nach Unternehmensangaben anwesend. In den Veranstaltungen wurde den Bauern nach einer Einschätzung der rechtlichen Situation durch einen Pioneervertreter eine „kurzfristige und unbürokratische... freiwillige Soforthilfe“ angeboten. Das Schreiben an die Landwirte, das der AbL vorliegt, möchten wir im Folgenden vorstellen:

Schadensersatz vom Land?

Pioneer plant einen Amtshaftungsprozess gegen das Land Niedersachsen zu führen, um sich bei der Ursachenklärung und hinsichtlich Schadensersatzleistungen aus der Schusslinie zu begeben. Nach Darstellung von Pioneer müsste dem Unternehmen dafür ein Schaden entstanden sein. Dieser läge

erst dann vor, wenn Pioneer zur Zahlung von Schadensersatz an die Bauern verurteilt würde. Deshalb – so ihre Argumentation – können sie die Landwirte nicht freiwillig entschädigen, sondern die Bauern müssten ihren Schaden gegenüber der Firma gerichtlich geltend machen.

Um Kosten und Zeit zu sparen, rät Pioneer den Bauern, dass nicht jeder einzelnen einen Schadensersatzprozess gegen Pioneer führen sollte. Stattdessen schlagen sie ein oder wenige Musterverfahren vor, dem sich die Landwirte im Rahmen einer Prozessvereinbarung anschließen können. Hierzu der Rechtsanwalt Jens Beismann aus Hannover, der die AbL und die IG-Nachbau vertritt: „Das ist sicherlich im ersten Schritt für die Landwirte erst mal einfach und sie müssen sich nicht selber kümmern. Interessant ist aber die Konstellation: Pioneer rät den Bauern zu einem Musterverfahren gegen sich

Rechtsanwaltskanzlei vertreten zu lassen.“

Lockmittel „freiwillige Soforthilfe“

Um die Bauern für ihre Strategie zu gewinnen, bietet Pioneer eine „sofortige, unbürokratische Soforthilfe zur Überbrückung finanzieller Engpässe“ in Höhe von 1.182,- Euro bis 1.500,- Euro pro Hektar an. Diese Soforthilfe sei aber keineswegs ein „Schuldeingeständnis“, so die Firma. Die Bauern müssen keine Bürgschaften oder sonstige Sicherheiten hinterlegen – allerdings müssen sie eine „wechselseitige Verpflichtung zum Wohlverhalten“ unterschreiben. D.h., dass keine der beiden Parteien sich über die andere „ungebührlich äußern“ darf und über die „Gegenstände der Vereinbarung Stillschweigen“ vereinbart wird. Primär geht es Pioneer „um den geordneten Umgang in den Medien“.

Der Zeitplan



Pflanze mit Freiheitsdrang: gentechnisch veränderter Raps ist nicht zu kontrollieren

Foto: Stephan / BLE

selbst. Unklar ist, ob Pioneer den Bauern ihre Anwaltskanzlei direkt zur Verfügung stellt oder ob sie eine befreundete Kanzlei damit beauftragen. Ein solches Vorgehen ist in der Rechtspraxis völlig ungewöhnlich, da die Interessenlagen zwischen Kläger und Beklagten natürlicherweise kollidieren. Klar ist, dass die größte Kostenersparnis bei Pioneer liegt – je weniger Verfahren sie durchzuführen haben. Ich rate den Landwirten, ihre Schäden auf alle Fälle selbst geltend zu machen, wenn möglich ein eigenes Verfahren anzustreben und sich dabei von einer unabhängigen

Pioneer stimmt in Zusammenarbeit mit den Landesbauernverbänden bis Ende August den Wortlaut der Vereinbarung ab. Die Auszahlung der „freiwilligen Soforthilfe“ an die Unterzeichner ist ab Mitte September vorgesehen.

Was passiert nach dem Verfahren?

Wenn die Landwirte gewinnen – und davon geht Pioneer aus – „wird ein wechselseitiger Verzicht auf Ansprüche erklärt“. Soweit sich die Gerichtsentcheidung mit der Höhe der gezahlten Soforthilfe deckt, können die Bauern die Summe behalten. Unklar bleibt, ob

die Betroffenen dann weitere Ansprüche durchsetzen können. Sollte Pioneer wider Erwarten gewinnen, hält sich das Unternehmen ausdrücklich die „Option zur Rückforderung der ganzen oder teilweisen Soforthilfe“ offen. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL: „Das ist ein fauler Kuhhandel des Gentechnikkonzerns Pioneer. Sie versuchen die Bauern mit ihrem Angebot der Soforthilfe ruhig zu stellen und wollen sich als Inverkehrbringer des verunreinigten Saatgutes leise aus der Schusslinie begeben. Das Bauernfänger-Angebot muss abgelehnt werden. Wir fordern eine vorbehaltlose Entschädigung der Bauern! Die Bauern sollten den Rechtsweg beschreiten, aber nicht zu den Bedingungen von Pioneer.“

Entscheidend ist, dass die Folgen derartiger Verunreinigungen nicht auf dem Rücken der betroffenen Landwirte ausgetragen werden, denn sie haben das verunreinigte Saatgut unwissentlich ausgesät. Das hätte vermieden werden können, hätten die niedersächsischen Behörden, aber auch Pioneer schneller gehandelt. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und die IG-Nachbau haben aufgrund dieser Verzögerungen am 11. Juli Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt, die auch der BUND unterstützt. Die Aktion Gen-Klage hat ebenfalls Strafanzeige gestellt. Öffentlich wird die Saatgutverunreinigung von Pioneer und anderen Maiszüchtern, aber auch von den Spitzen des Bauernverbandes dazu genutzt, um die Diskussion über eine Einführung von Schwellenwerten im Saatgut wieder anzufachen. Wo diese liegen sollen, darüber

gehen die Meinungen weit auseinander. Die Aussagen reichen von der Nachweisgrenze bis zu 5 Prozent Verunreinigung. Die Bundesvorsitzende der AbL, Maria Heubuch, kritisiert derartige Debatten: „Saatgut ist die Basis der gentechnikfreien Lebensmitteleherzeugung. Wenn wir es mit der Wahlfreiheit ernst meinen und diese dauerhaft gewährleisten wollen, dann darf es hier keine faulen Kompromisse geben. Das Reinheitsgebot im Saatgut muss unbedingt aufrecht erhalten bleiben!“

Annemarie Volling



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

EU-Agrarpolitik muss Zukunftsfragen im Kern beantworten

Wider die unwirksame und unheilvolle Ausgleichslogik

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union steht vor der nächsten Reform. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ruft dazu auf, dabei die Weichen so zu stellen, dass die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen von der Agrarpolitik selbst beantwortet werden. Bislang versucht die Europäische Union, die Schäden, die ihre bisherige Agrarpolitik durch die umfangreiche Förderung der Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft verursacht, an anderen Stellen durch Kompensationsmaßnahmen auszugleichen. Das kann nicht klappen, und es funktioniert auch nicht. Die Konsequenz daraus muss sein, die Agrarpolitik in ihrem Kern so auszurichten, dass sie die Schäden erst gar nicht hervorruft.

Die grundsätzliche Frage lautet, auf welche Art und Weise wir Lebensmittel, Futtermittel und auch Energie in der Landwirtschaft erzeugen.

Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ist die Erzeugung von Lebensmitteln dauerhaft untrennbar mit dem Anspruch verbunden, soziale Chancengerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft, Klimaschutz, Erhalt der Biologischen Vielfalt, Schutz der Umwelt und internationale Entwicklungsverträglichkeit zu gewährleisten. Soweit all das mit Landwirtschaft zu tun hat, können und wollen wir das nicht Anderen aufbürden. Das ist unsere Verantwortung, der wir uns als Bäuerinnen und Bauern selbstbewusst stellen und auf die wir auch die Agrarpolitik verpflichten. Letztlich geht es bei all dem um unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen.

Dieser Anspruch ist in der Europäischen Union weitgehend unbestritten, doch wollen viele die Konsequenzen daraus in eine ferne Zukunft verschieben, wenn überhaupt. Oder sie versuchen, die Herausforderungen so groß zu zeichnen, dass sie nicht mehr von der Agrarpolitik lösbar, sondern nunmehr Aufgabe der ganzen Gesellschaft seien: Die ureigene Verantwortlichkeit der Agrarpolitik soll auf andere Politikbereiche verlagert werden: auf die Umweltpolitik, Entwicklungspolitik oder Sozialpolitik. Auch regional

wird versucht, Problem und Lösung zu entkoppeln. Zum Beispiel wird versucht, den Schutz der Biologischen Vielfalt aus den Bördelandschaften und Verdichtungsregionen auszulagern und den wirtschaftlich ohnehin schon benachteiligten Gebieten aufzutragen.

Das Ziel bei all dem ist klar: Die Profiteure der bisherigen Agrar-Entwicklung sollen geschützt werden. Das stellt die Verantwortung bewusst auf den Kopf. Es ist Ausdruck einer Ausgleichslogik, die Schäden nicht vermeidet, sondern an anderer Stelle auszugleichen versucht.



chen versucht. Doch diese Versuche des Ausgleichs können nur scheitern:

- Ökologische Risiken, die z.B. durch eine weitere regionale und betriebliche Konzentration der Tierhaltung eingegangen werden, können nicht durch eine flächengebundene Tierhaltung in anderen Regionen ausgeglichen werden.
- Der Verlust der biologischen Vielfalt in der Magdeburger Börde kann nicht durch Naturschutz im Schwarzwald kompensiert werden.

- Auch der Tierschutz ist unteilbar. Von dem Beispiel der Weidehaltung auf den Almen haben die Milchkuhe in 1.000-Kuh-Anlagen mit ganzjähriger Stallhaltung erst etwas, wenn sie selbst auch auf die Weide kommen.

- Eine Region, die wirtschaftliche Wertschöpfung durch das Aufgeben von Betrieben in Landwirtschaft und Ernährungshandwerk verliert, hat nichts davon, wenn an einem anderen Standort die Ernährungsindustrie Kapazitäten zusammenführt und dort mit einem örtlichen Zuwachs an Arbeitsplätzen wirbt.

- Die steigende Abhängigkeit vom Mineralöl als Folge einer weiteren Industrialisierung in der Landwirtschaft lässt sich nicht durch nachwachsende Rohstoffe mindern, weil die wirksame Bekämpfung des Hungers von mittlerweile einer Milliarde Menschen absolute Priorität haben muss: „Volle Teller und volle Tanks für alle“, das ist eine Illusion.

Die fatale Ausgleichslogik ist für die EU-Agrarpolitik zu einem konstituierenden Element geworden. Sie suggeriert seit Jahrzehnten Scheinlösungen, die eben keine sind und die nur das Ziel haben, die Industrialisierung und Ölabhängigkeit der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft möglichst ungehindert voranzutreiben.

Es kommt darauf an, die aktuellen Weichenstellungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU so zu setzen, dass die Ausgleichslogik überwunden wird. Die Agrarpolitik muss ihre Verantwortung in ihrem Kern selbst aktiv wahrnehmen. Dieser Richtungswechsel muss klar erkennbar werden: hin zu einer integrierten Agrarpolitik.

An diesem Maßstab, Schäden erst gar nicht entstehen zu lassen, sind alle Maßnahmen der Agrarpolitik auszurichten, auch die Zahlungen. Weder können die finanziellen Mittel eine faire und zukunftsfähige Ausgestaltung der Marktregeln ersetzen, noch ist die 2. Säule (Ländliche Entwicklung) der GAP in der Lage, die Schäden auszubessern, die durch eine fehlende Qualifizierung der 1. Säule wesentlich hervorgerufen werden. Eine von Einigen propagierte Kürzung bzw. Streichung der 1. Säule entbindet nicht von der Not-

wendigkeit der Qualifizierung bzw. Staffelung der verbleibenden Zahlungen. Und eine starke Umverteilung (Modulation) in die 2. Säule entbindet nicht von der Notwendigkeit, insbesondere die dort angelagerte einzelbetriebliche Förderung konsequent zu qualifizieren.

Aus dem Rückblick lernen

Das zu Beginn der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgebaute System der Intervention mit politisch festgesetzten Aufkaufpreisen für bestimmte Produkte schien alle Bauern gleich zu behandeln. Tatsächlich aber bevorzugte schon dieses System die rationalisierten, größeren Einheiten, denn die Preise wurden jeweils auf einem Niveau festgelegt, mit dem nur diese Betriebe noch gerade zurechtkamen, das aber eine bäuerliche Erzeugungsweise eben nicht abgesichert hat. Es profitierten somit jene Betriebe von dem Interventionsystem, deren Wachstumsschritte auch bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung des Staates gezielt gefördert wurden.

Bäuerliche Betriebe wurden durch das System nicht gesichert, sondern aus der Erzeugung gedrängt. Die Produktionskapazitäten verlagerten und konzentrierten sich, so dass schließlich nur 20 Prozent der Betriebe zusammen 80 Prozent der Produktion übernahmen. Das bedeutete, dass auch die europäischen Gelder für das Interventionsystem umgerechnet zu

gischer Stabilität zu erreichen. Die EU-Kommission formulierte, dass mit dem finanziellen Ausgleich eine substanzielle Zahl von Landwirten zur Offenhaltung dieser Gebiete bereitgestellt werden sollte.

Bei den weiter sinkenden Preisen für ihre Erzeugnisse mussten die Bauern hier aber faktisch irgendwann Eintritt zahlen, wenn sie in den Kuhstall gingen, weil der Milchpreis ihre Kosten nicht mehr deckte. Wenn aber die Kosten einer Erzeugung von den Preisen nicht gedeckt werden, wird die Erzeugung früher oder später ganz eingestellt. Der Versuch der ökologischen Stabilisierung läuft ins Leere – in diesen Gebieten selbst, und überregional ist es ohnehin absurd, die Verarmung der Kulturlandschaft im Pariser Becken durch Maßnahmen etwa in den Ardennen oder den Pyrenäen aufwiegen zu wollen.

Ebenso wenig konnten die Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete die wachsende Überproduktion bei wichtigen Erzeugnissen in den ökonomischen „Gunstlagen“ bremsen. Die Anreize aus der Kombination von einzelbetrieblicher Investitionsförderung und staatlichen Aufkaufprogrammen zielten zu sehr auf eine Ausdehnung bestimmter Produktionen.

Bei der Milch wurde 1984 die Milchquote eingeführt. Das setzte zwar die Gesamtproduktion unter einen Deckel, aber die Umsetzung mit einer Härtefallregelung, bei der diejenigen zusätzliche Quote bekamen, die besonders stark ins Mengen-Wachstum gegangen waren oder es zumindest angemeldet hatten, führte abermals zu einer Umverteilung und Konzentration

aktuellen Milchpolitik und nun mit dem geplanten Quoten-Ausstieg brutal fortgesetzt.

Von Intervention zu Ausgleichszahlungen

Beim Getreide ging die EU-Agrarpolitik 1992 mit der sogenannten MacSherry-Reform den Weg schlagartiger, radikaler Preissenkungen und verband das mit der Einführung direkter Ausgleichszahlungen. Diese Zahlungen wurden pro Hektar Getreidefläche gewährt, ohne jede betriebliche Obergrenze. Ihre Höhe pro Hektar richtete sich nach historischen regionalen Durchschnittserträgen. Silomais-Flächen wurden mit in die Zahlungen einbezogen, aber Grünland blieb vollkommen außen vor. All diese Vorgaben führten dazu, dass die Verteilung der Mittel, die vorher in die Getreide-Intervention gingen und dort schon zu 80 Prozent nur 20 Prozent der Betriebe erreichten, nun bei den Ausgleichszahlungen festgeschrieben wurde. Die Zahlungen waren an den nachgewiesenen Anbau bestimmter Früchte gebunden, was zur Flächenausdehnung der begünstigten Früchte führte – vor allem zum Umbruch von Grünlandflächen für den Anbau von Silomais. Die einseitige Förderung des Silomais und das Außenvorlassen des Grünlands bedeutete bei der Milch eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten des Grünlands von bis zu 5 Cent je Liter Milch über ein Jahrzehnt lang.

Im Rindfleischbereich erfolgten nach ähnlichem Muster ebenfalls Preissenkungen mit der Einführung direkter Ausgleichszahlungen je Tier. Immerhin wurde hier bei der Bullenprämie eine Obergrenze von maximal 90 prämienberechtigten Bullen je Betrieb und Jahr eingezogen (die Deutschland in Ostdeutschland außer Kraft setzte). Um die Grünlandnutzung in benachteiligten Gebieten der EU aufrechtzuerhalten, gab es für Mutterkühe eine gesonderte Prämie.

Diese kleine Übersicht belegt schon jetzt die ausgeprägte Kreativität bei der Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen. Die betroffenen Betriebe haben die Zahlungen natürlich mitgenommen, aber der Mehrzahl wurde damit nicht auf Dauer geholfen.

Die Entkopplung der Zahlungen von der Produktion Die Fokussierung auf und Bindung der Zahlungen an bestimmte Produkte rief starke Kritik hervor, zum einen bei denjenigen, vor allem den Grünlandbauern, die in diesem System klar benachteiligt waren. Aber auch international – besonders in der Welthandelsorganisation (WTO) – wuchs die Kritik an ungestaffelten produktionsgebundenen Zahlungen, weil sie eine indirekte Form der Exportsubventionierung darstellten. Es wurde der Abbau dieser Zahlungen gefordert.

Das war in der EU-Agrarpolitik ein wesentlicher Motor für die Entkopplung der Ausgleichszahlungen von der Produktion, die mit den Reformbeschlüssen von 2003 (Mid-term Review) eingeleitet wurde. Die entkoppelten Zahlungen wurden nun gewährt unabhängig davon, welche Art der Erzeugung in den Betrieben stattfand, ja ob überhaupt noch Lebensmittel erzeugt wurden. Aber an der ungleichen Verteilung der Zahlungen auf die Betriebe und Regionen hat die Entkopplung zunächst nichts geändert.

Zur Umsetzung gab die EU den Mitgliedsstaaten zwei Wege vor: Entweder der einzelne Betrieb bekam die Summe an Zahlungen, die er im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 erhalten hatte. Das schrieb die alte Verteilung vollends fest. Oder die Mitgliedsstaaten konnten die Summe aller Zahlungsansprüche



Größe allein reicht nicht. Betriebe müssen Leistungen für das Gemeinwohl erbringen, wenn sie Steuergelder bekommen.

Foto: Eisenberg

80 Prozent an nur 20 Prozent der Betriebe gingen. Mit der Zerstörung Hunderttausender Betriebe und Millionen von Arbeitsplätzen in der europäischen Landwirtschaft drohten auch ganze Regionen, vor allem die als ökologisch besonders wertvoll beschriebenen, aber landwirtschaftlich schwierigen Gebiete, aus der Erzeugung auszusteigen und brachzufallen. Das Programm der EU zur Stützung benachteiligter Regionen war die Kompensationsantwort auf diesen Zerstörungsprozess, um ein Mindestmaß an ökolo-

der Produktionskapazitäten. Zudem wurde die Milchquote insgesamt jeweils so weit oberhalb des Bedarfs des Marktes angesetzt, dass die Preise sich auf einem für bäuerliche Betriebe zu niedrigen Niveau einpendelten. Man hätte die Quote zum Schutz der bäuerlichen, auf Grünland basierten Milchviehhaltung ausgestalten können. Tatsächlich aber hat die Form der Quotenregelung dazu beigetragen, dass seit 1984 drei Viertel aller Milchviehbetriebe ausgestiegen sind. Diese Politik des Strukturwandels wird mit der

gleichmäßig auf alle prämienberechtigten Flächen verteilen und so zu (in Deutschland regional, d.h. in der Regel auf ein Bundesland bezogen) einheitlich hohen Zahlungen je Hektar landwirtschaftlicher Fläche kommen. In Deutschland gab es um den Weg große Diskussionen, weil die bisher größten Profiteure der Zahlungen um ihre Pfründe bangten. Ergebnis war dann eine Mischform aus zum Teil historisch abgeleiteten und zum Teil regional einheitlichen Zahlungsansprüchen, für Acker weit höher als für Grünland, und der Beschluss, diese Mischform in einer fast zehn Jahre dauernden Übergangsform bis zum Jahr 2013 vollständig in regional pro Hektar einheitlich

Höhe von umgerechnet 120.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr bedeutet und im zweiten Fall von 12.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr: ein Zehntel davon. Das Beispiel zeigt die Wettbewerbsverzerrung zu Lasten bäuerlich wirtschaftender Betriebe auf, die mit der Entkopplung nicht aufgehoben, sondern fortgeschrieben worden ist. Das geht nicht nur zu Lasten der bäuerlichen Betriebe hier, sondern wirkt auch im internationalen Handel im Falle der rationalisierten Betriebe als versteckte Exportsubventionen. Die einzige Bindung der Zahlungen besteht heute darin, dass eine Reihe von gesetzlichen Standards eingehalten werden muss. Bei Gesetzesüberschreitungen

trialiserten Wirtschaftsweisen ausgleichen sollen (Agrarumweltmaßnahmen), sowie die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Gleichzeitig wurde aber auch die Förderung der Rationalisierung der Produktion in die zweite Säule verlegt, die insbesondere über die einzelbetriebliche Investitionsförderung (Agrarinvestitionsförderung), die Flurbereinigung sowie die Strukturförderung im nachgelagerten Bereich (Erfassung, Be- und Verarbeitung) erfolgt. Nur ein kleiner Teil der Mittel ist für eine integrierte ländliche Entwicklung angesetzt.

Ursprünglich wurde die 2. Säule mit dem Anspruch entworfen, aus dem Ausgleichsgedanken heraus eine eigenständige und integrierte Entwicklung der ländlichen Regionen fördern und aufbauen zu können. Doch zeigt schon der Mix aus Rationalisierungs- und Ausgleichsmaßnahmen, dass es schwer war, diesen Anspruch mit Leben zu füllen. Mittelkürzungen ausschließlich in der zweiten Säule im Zeitraum 2007-2013 taten ihr Übriges; sie wurden in den Mitgliedsstaaten (und Bundesländern) vielfach bei den Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichszulagen weit stärker vollzogen als bei den Rationalisierungsmaßnahmen.

Die Einteilung der EU-Agrarpolitik in eine „schlechte“ 1. und „gute“ 2. Säule greift daher zu kurz. Eine bloße Zusammenfassung der beiden Finanzlinien bringt ebenso wenig automatisch den notwendigen qualitativen Fortschritt wie die lineare Kürzung der Ersten Säule. In beiden Finanzlinien muss eine Qualifizierung erfolgen in dem Sinne, dass nicht die eine Maßnahme als Ausgleich einer anderen dienen soll, sondern Schäden hier wie da „systemimmanent“ vermieden werden. Das bedeutet, dass die Erzeugung selbst so ausgerichtet werden muss, dass sie die notwendigen Anforderungen aus Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz und ländlicher Wirtschaftsentwicklung aktiv aufgreift und integriert und nicht auf andere Gebiete, Sektoren oder Politikmaßnahmen abschiebt.

Es geht nicht zu viel Geld in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume Europas, es geht weitgehend in die falschen Kanäle und wird dem Anspruch der Bevölkerung, die die Gelder bereitstellt, nicht gerecht. Eine Agrarpolitik, die mit öffentlichen Geldern die Schäden hervorruft, die sie mit weiteren finanziellen Maßnahmen auszugleichen versucht, geht auf Dauer auf Kosten aller: der Bauern, der Umwelt und der Steuerzahler. Sie bedient zwar kurzfristige Interessen einiger, aber ist langfristig für die gesamte Gesellschaft untragbar und geht zu Lasten kommender Generationen.

Die Schlussfolgerung, die sich daraus zwingend ergibt, beschreibt auch der Weltagrarbericht: Eine Zukunft gibt es nur mit einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft, denn nur so lässt sich eine Lebensmittelherzeugung erreichen, die auch in anderen Lebensbereichen soziale, ökologische und ökonomische Stabilität bringt.



Vielfältige Landschaft muss erhalten und gefördert werden. Auch Streuobst am Wegesrand.

Foto: Menzler / BLE

hohe Zahlungsansprüche – dann für Acker- und Grünland gleich – münden zu lassen.

Im Jahr 2013 ist dann – in Deutschland – die Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Produkte bei der Zahlungshöhe (wie Grünland versus Silomais) aufgehoben, aber die unterschiedlichen Produktionskosten, die sich aus unterschiedlichen Rationalisierungsständen und -möglichkeiten ergeben, bleiben weiterhin unberücksichtigt. Die unterschiedliche Qualität in der Art und Weise der Erzeugung bleibt unberücksichtigt. Bäuerliche Produktionsweisen, die hohe Leistungen in den Bereichen Umweltschutz und Erhalt der Kulturlandschaft sowie im Tierschutz erbringen, bleiben weiterhin stark benachteiligt.

Am Beispiel aus der Praxis wird das besonders deutlich: Zwei gleich große Betriebe mit jeweils 2.000 Hektar erhalten bei rund 300 Euro je Hektar entkoppelter Direktzahlung beide 600.000 Euro im Jahr. Der eine Betrieb – ein rationalisierter Ackerbaubetrieb – wird von nur fünf Arbeitskräften bewirtschaftet, der andere Betrieb – mit vielfältigem Anbau, flächengebundener Tierhaltung und weiteren Wertschöpfungsbereichen – wirtschaftet mit 50 Arbeitskräften. Die Unterschiede in der Art des Wirtschaftens und dem Beitrag zur örtlichen Wertschöpfung haben auf die Höhe der Zahlungen keinen Einfluss, beide erhalten 600.000 Euro im Jahr, was aber im ersten Fall Direktzahlungen in

werden auch Kürzungen bei den Prämien fällig. Diese Regelung wird häufig als eine wesentliche Rechtfertigung für die Zahlungen angeführt. Sie beinhaltet aber keinerlei qualitative Differenzierung der Zahlungen, im Gegenteil. Vielfältig wirtschaftende Betriebe, die mehrere Standards einhalten, erhalten nicht höhere Zahlungen als einseitig spezialisierte Betriebe, die nur von weniger gesetzlichen Bestimmungen betroffen sind. Die Erhaltung von Landschaftselementen z.B. bedeutet für diejenigen Aufwand und Kosten, die Hecken und Baumreihen in ihren Flächen haben, während die Vorschrift zum Erhalt den Betrieben in mittlerweile ausgeräumten Landschaften keinen Aufwand abverlangt.

Es kommt daher bei der anstehenden Reform darauf an, die Zahlungen nunmehr konsequent zu differenzieren (s.u.).

Die Zweite Säule der EU-Agrarpolitik

Neben den beschriebenen Maßnahmen der Ersten Säule der GAP hat die EU im Zuge der „Agenda 2000“ (1999) eine Reihe von Ausgleichsmaßnahmen zu einer Zweiten Säule zusammengefasst. Im Wesentlichen sind das zum einen Programme, die ökologische Schäden der rationalisierten und indus-

Leitlinien für die anstehende Reform

1. Die Qualifizierung der staatlichen Agrargelder einleiten

Die EU-Kommission muss ihren Vorschlag zur Staffelung der Direktzahlungen von der letzten Reform wieder vorlegen: Beträge, die pro Betrieb und Jahr über 100.000 Euro lagen, sollten um 10 Prozent gekürzt werden, über 200.000 Euro um 25 Prozent und über 300.000 Euro um 45 Prozent. Das Geld sollte in den Mitgliedsstaaten verbleiben und für Maßnahmen der Zweiten Säule eingesetzt werden. Ergänzt werden muss diese Staffelung mit dem Vorschlag, den das Europäische Parlament übernommen hatte, nämlich den betroffenen Betrieben die Möglichkeit zu geben, auf Antrag ihre sozialversicherungspflichtigen Arbeitskosten zur Minderung der Abzüge in Ansatz zu bringen. Damit wird die Wettbewerbsverzerrung zu Lasten großer, aber arbeitsintensiv wirtschaftender Betriebe vermieden. Die AbL fordert nicht, dass der Staat die Lohnkosten der Betriebe übernimmt. Umso mehr gilt aber, dass kein Betrieb länger mehr Direktzahlungen bekommen soll, als seinen Arbeitskosten entspricht, während die bäuerlichen Betriebe nur einen Bruchteil davon erhalten.

2. Regionale Erzeugung und Vermarktung vor Weltmarkt-Orientierung

Europa ist schon jetzt Netto-Importgebiet für Nahrungs- und Futtermittel, gleichzeitig betreibt die EU mit direkten und indirekten Exportsubventionen Dumping auf Märkten auch in Entwicklungsländern. Es ist daher widersinnig, die europäische Landwirtschaft auf billige Weltmärkte auszurichten. Die lukrativsten Märkte liegen vor der Haustür. Die hohe Präferenz der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher für gentechnikfreie Lebensmittel ist ein Beispiel dafür, dass mit einer Qualitätsstrategie die heimischen Märkte viel Potenzial bieten. Qualität definiert sich dabei nicht allein an dem Endprodukt, sondern insbesondere auch an der Art der Erzeugung, d.h. an der Prozessqualität.

Für viele Betriebe in der AbL ist die Ausrichtung auf höherpreisige, regionale Qualitätsmärkte gängige und erfolgreiche Praxis. Diese Marktstrategie hat weit mehr Betriebe in der Erzeugung gehalten als die Wachstumsstrategie. Bei der Gentechnik haben der klare Verbraucherwille zusammen mit der gentechnikfreien Praxis die Politik bislang zum Nachgeben gedrängt. Das ist Vorbild auch für andere Bereiche der Agrarpolitik. Das bedeutet, dass die Agrarmärkte Regeln benötigen, die sich an den qualitativen Anforderungen der Bevölkerung ausrichten müssen und die zweitens dafür Sorge tragen, dass für die verschiedenen Stufen von der Erzeugung (Bauern) über die Verarbeitung (Ernährungshandwerk und Industrie) bis zur Vermarktung (Handel) faire und ausgewogene Machtverhältnisse gelten. Die bisherige Position der

Schwäche am Markt für die Bauern ist in eine gleichberechtigte Position der Stärke zu verwandeln. Dazu braucht es – neben aktiven Erzeugerzusammenschlüssen vor Ort – entsprechende Rahmenbedingungen.

3. Von der ölgesteuerten hin zur solar-gestützten Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist der Wirtschaftsbereich schlechthin, der Sonnenenergie nutzen und nutzbar machen kann. Tatsächlich aber ist die Landwirtschaft über Rationalisierung und Industrialisierung in eine erhebliche Ölabhängigkeit geraten, was eine Ursache ihrer heute negativen Klimabilanz ist. Es gilt daher, Wege aus dieser Abhängigkeit fossiler Energien zu entwickeln und zu gehen. Wir müssen weg von der ölgesteuerten und hin zu einer solargestützten Landwirtschaft.

Im Ackerbau bedeutet das, Leguminosen (Schmetterlingsblüher bzw. Eiweißpflanzen) in deutlichem Um-

kehrt und eine vielgliedrige Fruchtfolge erreicht werden muss. Der Erhalt des Grünlands ist ein weiterer notwendiger Schritt.

5. Artgerechte Tierhaltung als Schwerpunkt prozessorientierter Qualitätserzeugung

Es ist vor allem der hartnäckigen gesellschaftlichen Ablehnung der Käfighaltung von Hühnern zu verdanken, dass die Käfige heute auch wirtschaftlich ein Auslaufmodell sind. Notwendig dazu waren auch die Betriebe, die ihren Hennen Auslauf im Freien ließen und damit nicht nur für sich prozessorientierte Qualitätsmärkte erarbeitet haben, sondern die Käfighaltung fortwährend in Legitimationsnot brachten.

Das von der AbL, dem Deutschen Tierschutzbund und dem BUND vor über zwanzig Jahren auf den Weg gebrachte Qualitäts-Fleischprogramm NEULAND für artgerechte Tierhaltung ist durch seine Prozessorientierung am Markt sehr erfolgreich und für die bäuerlichen

Betriebe bis heute ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung. Tiergerechte Haltung in den einen Betrieben kann aber das Leid von Nutztieren in industriellen Massenanlagen nicht ausgleichen. Artgerechte Tierhaltung ist ein grundsätzlicher Anspruch.

Für die EU-Agrarpolitik ergibt sich daraus insbesondere, dass es für agrarindustrielle Massentierhaltungsanlagen keine öffentlichen Investitionshilfen mehr geben darf; Investitionshilfen sind auf bäuerliche, konsequent am Tierwohl ausgerichtete Betriebe zu beschränken. Ebenso sind die gesetzlichen Anforderungen an die Haltungsbedingungen der Nutztiere am Tierwohl auszurichten. Gentechnische Manipulationen und die Patentierung von Nutztieren und Zuchtverfahren sind zu verbieten.



Qualifizierte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft fördern!

Foto: Stephan / BLE

fang in die Fruchtfolge zurückzuholen, um energieaufwändig hergestellte Mineraldünger zu ersetzen und den Humusgehalt und damit den Kohlenstoffspeicher des Bodens zu erhöhen. Das ist nicht zuletzt auch angezeigt, um den Flächenverbrauch der europäischen Landwirtschaft außerhalb Europas (insbesondere in Form der Soja-Futtermittel-Importe) zu verringern. Außerdem ist das Grünland, insbesondere das Weidegrünland, als maßgeblicher Humusspeicher zu erhalten, was nur über eine wirtschaftliche Tierhaltung (v.a. Milch, Rindfleisch) möglich ist.

4. Artenvielfalt durch die Erzeugung erhalten

Die große Artenvielfalt der europäischen Kulturlandschaften – sowohl an wildlebenden Tier- und Pflanzenarten als auch an Nutztieren und Nutzpflanzen – hängt an der bäuerlichen landwirtschaftlichen Kultur. Deshalb kann sich der Schutz der biologischen Vielfalt nicht auf Naturschutzflächen beschränken, sondern muss – systemimmanent – auch durch eine entsprechende Wirtschaftsweise selbst erreicht werden. Das bedeutet für die Erzeugungsfelder vor allem, dass die Entwicklung hin zu Monokulturen umge-

Fazit

Die Vielzahl an Ausgleichsmaßnahmen, die die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union in den letzten 50 Jahren hervorgebracht hat, ist ein Beleg dafür, dass die Hauptausrichtung der Agrarpolitik Schäden hervorruft – sonst bräuhete es diese Ausgleichsversuche nicht. Doch die Ausgleichslogik ist gescheitert, das zeigten die immer wieder neuen Klimmzüge in Rechtfertigungspapieren und das zeigt sich vor allem in der landwirtschaftlichen und landschaftlichen Praxis selbst. Es kommt daher darauf an, die Ausgleichslogik zu überwinden und den notwendigen Richtungswechsel einzuleiten. Daran werden wir die Vorschläge der EU-Kommission für die anstehende Reform messen.

Zu beziehen ist das Positionspapier bei:

AbL-Bundesgeschäftsstelle
Bahnhofstraße 31
59065 Hamm/Westfalen
Tel.: 02381 9053171, Fax: 02381 492221,
E-mail: info@abl-ev.de

Gentechnikrüben in den USA verboten?

Zweideutiger Richterspruch stoppt einstweilen den Anbau der Rübe der Kleinwanzlebener Saatzeit in den USA

Gerangel um die richtige Schlagzeile sorgte in der letzten Woche für einige Verwirrung um das Verbot der Gentechnikzuckerrübe H7-1 in den USA. Denn während der Entwickler der Rübe – die KWS SAAT AG – auf ihrer Homepage freudig verkündet hatte, dass eine Klage zum dauerhaften Anbauverbot gegen die Zuckerrübe aus dem Reagenzglas abgewiesen wurde, feierten NGOs und Aktivisten in Deutschland und den USA genau jenes Verbot. Stellt sich die Frage, wie es zu zwei solch unterschiedlichen Aussagen kommen kann.

Hintergrund ist die Tatsache, dass der Richterspruch in den USA zwei Kernaussagen macht. Zum einen stellt er fest, dass die Pflanzen aus den Labors der KWS nicht grundsätzlich als umweltschädlich einzustufen sind. Zum anderen sagt er aber auch, dass die Unterlagen, welche zur Zulassung in den USA geführt haben, unzureichend sind. Dies hat zur Folge, dass die Rüben solange nicht angebaut werden dürfen, bis entsprechende Studien durch das amerikanische Landwirtschaftsministerium USDA nachgereicht werden können. Auf Nachfrage der *Bauernstimme* räumte die KWS nun ein, dass die Anfertigung neuer Unterlagen mehrere Jahre in Anspruch nehmen kann. Für die KWS ist das eine bittere Situation, da sich die Rübe seit ihrer Einführung

im Jahr 2007 einen Marktanteil von rund 95 Prozent erarbeiten konnte. Mehr noch: Die Rüben machen ein Zehntel des Gesamtumsatzes der KWS von rund 700 Millionen Euro aus.

Doch trotz des drohenden Verlustes zeigt sich die KWS zuversichtlich. „Wir gehen davon aus, dass unsere herbizidtolerante Zuckerrübe auch 2011 in den USA angebaut wird“, sagt Sabine Michalek, Sprecherin der KWS. Ihre Hoffnung stützt sich auf eine Anordnung von Richter Jeffrey White, der das USDA damit beauftragte, Regelungen zu schaffen, wie und mit welchen Sorten der Anbau in den nächsten Jahren zu laufen hat.

„In einem ähnlichen Fall, bei dem es um Luzerne ging, durfte das Saatgut der gv-Pflanzen auf höchstrichterlichen Beschluss weiter verkauft werden“, berichtet Michalek. Für Experten aus den USA wäre eine solche Entscheidung mehr als unverständlich. Denn glaubt man der Zeitschrift *Spiegel*, stehen in den USA ausreichend nicht genmodifizierte Sorten zur Verfügung. Die Zuckerproduktion wäre also durch das Anbauverbot in keiner Weise gefährdet.

Für die Gruppe „Witzenhäuser Agrar-Studierende, Landwirte und Gärtner für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“, die schon seit Jahren zur Gentechniksparte der KWS arbeitet, war der Richterspruch in

den USA jedenfalls ein guter Grund zum Jubeln. Sie veranstaltete kurzfristig ein ganztägiges Fest vor der Konzernzentrale in Einbeck. Ziel war es, die Forderung nach einem Anbaustop für die in Deutschland

angebauten Gentechnik-Rüben (Versuchs-anbau) zu bekräftigen und auf die zentrale Rolle der KWS im Gentechnikgeschäft hinzuweisen.

Phillip Brändle



Kritische Studenten, aktiv gegen Gentechnik bei KWS

Foto: Brändle

Zensur durch Gentechnik-Seilschaften aufgehoben

Gericht bestätigt die fundierte Recherche der Fakten in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“

In Saarbrücken fiel heute wohl ein für die gentechnik-kritische Bewegung wichtiges Gerichtsurteil: Jörg Bergstedt, Umweltaktivist und Publizist, darf seine Kritik an den Gentechnik-Seilschaften wieder ungeschminkt vortragen. Dem vorausgegangen waren absurde juristische Manöver der Gentechnik-Lobby, die sich durch Bergstedts Enthüllungen verunglimpft fühlte.

Weitrechende Hintergründe

Bergstedt hatte Informationen über die bundesweiten Verflechtungen in der Gentechnik-Branche von Behörden, Unternehmen, Wissenschaft und Lobbyverbänden minutiös recherchiert und in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und auf der Internetseite „www.projektwerkstatt.de/gen/filz.htm“ zusammengestellt. Uwe

Schrader, FDP-Landtagsmitglied in Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des Gentechnik-Lobbyverbandes Inno-Planta, und Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin diverser Gentechnik-Unternehmen, hatten gegen die Veröffentlichung beim Saarbrücker Landgericht eine einstweilige Verfügung erreicht. Vertreten wurden sie von der Anwaltskanzlei von Dr. Horst Rehberger, dem ehemaligen Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt. Während seiner Amtszeit hatte dieser versucht, Sachsen-Anhalt mit einer „Biotechnologie-Offensive“ zum führenden Biotechnologie-Standort Deutschlands zu machen.

Schmähkritik abwegig

Vor dem Saarbrücker Oberlandesgericht hatte die einstweilige Verfügung allerdings keinen Bestand. Das Gericht

folgte in allen Punkten der Argumentation Bergstedts und seines Anwalts Tronje Döhmer. Die Auffassung des Landgerichts sei „abwegig“, konstatierte der vorsitzende Richter schon zu Beginn der Verhandlung. Der Vorwurf der „Schmähkritik“ gegen die Kläger sei nicht haltbar. Alle vorgetragenen Fakten seien sorgfältig recherchiert, und die daraus folgenden Bewertungen deshalb nicht zu verbieten. Selbst dem Vorwurf Bergstedts, Schrader habe, Demonstranten für eine Pro-Gentechnikdemonstration „gekauft“ bestätigt das Gericht „eine tatsächliche Grundlage“. Eine Revision wurde nicht zugelassen. „Diese deutliche Abfuhr des Oberlandesgerichts an das Landgericht stärkt meinen Verdacht, dass das Ganze ein abgekartetes Spiel war“, erklärt Jörg Bergstedt zufrieden. Von den über 30 UnterstützerInnen, die Berg-

stedt vor Gericht begleitet hatten, gab es nach der Urteilsverkündung spontanen Applaus.

Gentechnikschauergarten Üplingen

Die Kläger Schrader und Schmidt waren beim Prozess nicht anwesend. Allerdings werden sich die Beteiligten schon bald wieder gegenüberstehen. Am 6. September findet in Üplingen, einem idyllischen Örtchen in der Magdeburger Börde, das bundesweite Inno-Planta-Forum statt. Dort wird sich das Who-is-Who der Gentechnik-Branche ein Stelldichein geben. In Üplingen befindet sich auch der Gentechnik-Schauergarten, dessen Geschäftsführer Schrader bis 2008 war. Bergstedt wird auch dort sein: mit einem dreitägigen Protest-Camp und vielen Anti-Gentechnik-AktivistInnen direkt gegenüber dem Eingang des Schaugartens. *mn*

Futtermittel hinterlassen Spuren in Tieren

Wie eine aktuelle Recherche von Testbiotech zeigt, werden immer häufiger Gen-Abschnitte aus gentechnisch veränderten Pflanzen in tierischen Produkten gefunden. Wissenschaftler aus Italien berichteten im April 2010, dass Gene von gentechnisch veränderter Soja in der Milch von Ziegen aufgespürt wurden. Es wird angenommen, dass diese Gen-Abschnitte aus den Verdauungsorganen über das Blut in Euter und in die Milch gelangten. Auch in den Zicklein, die mit der Milch dieser Ziegen gefüttert wurden, fanden sich die Gen-Fragmente. Nicht nur diese Untersuchungen zeigen, dass sich Gen-Abschnitte aus gentechnisch veränderten Futterpflanzen in tierischem Gewebe nachweisen lassen. Bereits vor einigen Jahren wurde über entsprechende Funde bei Schweinen berichtet. In jüngerer Zeit gelang auch der Nachweis bei verschiedenen Fischarten wie Forellen und Tilapia. Dort fanden sich die Gen-Abschnitte aus dem gentechnisch veränderten Futter in fast allen inneren Organen. *pm*

Kein Gengas!

Kein Genmais in Biogasanlagen, das fordert der Fachverband Biogas e.V. Anlässlich der Frage, wohin mit den gentechnisch verseuchten Maispflanzen, die betroffene Landwirte als vermeintlich „normales“ Mais-Saatgut gekauft und dieses Jahr ausgesät hatten, wehrt sich der Verband gegen eine Entsorgung in Biogasanlagen. „Wir sind strikt dagegen“, betont Dr. Claudius da Costa Gomez, Geschäftsführer des Fachverbandes Biogas, „Biogasanlagen können keine Entsorgungseinrichtungen für gentechnisch veränderte Pflanzen sein, weil die ausgegorenen Gärsubstrate in der Landwirtschaft als hochwertige Dünger eingesetzt werden.“ Daher könne der Anbau von Pflanzen für die Energiegewinnung in Biogasanlagen in keiner Weise von der Lebensmittelproduktion in der Landwirtschaft abgegrenzt werden. Um im Bereich der Energiepflanzenzüchtung einen raschen Zuchtfortschritt zu erreichen, ist aus Sicht des Fachverbandes der Einsatz von Gentechnik nicht notwendig. *mh*

Gentechnik im Tier

Das Unternehmen AquaBounty of Waltham in Massachusetts/USA hat einen genetisch veränderten Lachs entwickelt, der in der Hälfte der Zeit seine Marktreife erlangt. Das Unternehmen sieht in seiner Entwicklung einen Beitrag zur Sicherung der Welternährung sowie zum Schutz für schwindende Fischbestände. Die Entscheidung über eine Zulassung für den menschlichen Konsum steht unmittelbar bevor. Wenn das Veterinary Medicine Advisory Committee (VMAC) befundet, dass der Fisch zum menschlichen Verzehr geeignet sei, wäre dies der erste Fall, bei dem ein gentechnisch verändertes Tier als Nahrungsmittel zugelassen würde. Die VMAC ist derzeit damit beschäftigt zu klären, welche Auswirkungen der Genfisch auf die wildlebenden Populationen haben könnte. Auch soll versucht werden zu klären, welchen Einfluss aus den im Meer hängenden Zuchtkäfigen entkommene Genlachse auf die Wildpopulation haben könnten. Für viele Gentechnik-kritiker stellt dieser Fall einen Wendepunkt beim Einsatz gentechnisch veränderter Tiere dar. Wird der Fisch genehmigt, so stützt dies den zukünftigen Einsatz gentechnisch veränderter Tiere. *mn*

Rapsmutanten außer Kontrolle

Dass Rapspflanzen leicht „ausbüxen“ ist schon lange bekannt. Nahe von Rapsfeldern, aber auch an Transportstrecken ist jeden Frühjahr Raps zu sehen. Die Samen sind leicht und verbreiten sich ähnlich dem Blütenpollen kilometerweit. Zudem überdauert der Rapsamen 10 bis 15 Jahre keimfähig im Boden. In Kanada, England und Japan wurde ausgewildeter Genteraps in der Nähe von Rapsanbauflächen gefunden. Jetzt haben Wissenschaftler der Universität von Arkansas und der amerikanischen Umweltbehörde Genkonstrukte von Gentechnik-Raps bei Wildpflanzen nachgewiesen und zwar weit entfernt von Rapsanbauflächen. Entlang von über 5.000 Kilometern, abseits von Haupt- und Nebenstraßen, haben Wissenschaftler in Nord-Dakota 406 wilde Rapspflanzen eingesammelt. 85 % davon enthielten Transgene mit Herbizidresistenzen gegen die Wirkstoffe Glyphosat oder Glyphosinat. Besonders alarmierend finden die Wissenschaftler den Fund von Wildrapspflanzen, die beide Genkonstrukte und damit Mehrfachresistenzen aufweisen. Diese „gestapelten Gene“ werden bisher nicht kommerziell angebaut, sondern haben sich offensichtlich in der Natur entwickelt und überlebensfähige Tochterpflanzen gebildet. Dies ist ein erneuter Beweis, dass Gentechnik-Pflanzen in der Natur über mehrere Generationen überleben, neue Varianten entstehen können, die dann ggf. radikal in Ökosysteme eingreifen. *av*

Kurzes am Rande

Weizen versagt im Freiland

Freisetzungsvorversuch zeigt Unkontrollierbarkeit von gv-Pflanzen auf

Forscher aus der Schweiz wurden bei der Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen mit völlig unerwarteten Reaktionen der Pflanzen überrascht. Im Zentrum der Untersuchung stand ein gentechnisch veränderter Brotweizen, der gegen den Pilz *Blumeria graminis* resistent sein sollte. Was im Gewächshaus optimal funktionierte versagte im Freiland. Der Weizen hatte einen signifikant höheren Befall mit der extrem giftigen Pilzkrankheit Mutterkorn. Die Folge waren Ernte-einbußen von bis zu 50 Prozent. Auf ihrer Homepage kommen die Forscher zu dem Schluss, dass der Einbau neuer Gene einen weitreichenden Einfluss auf das Erscheinungsbild einer Pflanze haben kann. Je nach den äußeren Bedingungen könnten die neuartigen Eigenschaften aber auch wieder verschwinden, wenn die Pflanzen vom Treibhaus ins Freiland gebracht würden. Ganz offen gestehen die Forscher ein, dass sie keine Erklärung dafür haben, wie es zu derartigen Effekten kommt.

Christoph Then von Testbiotech stellt diesbezüglich fest: „Die Versuche in der Schweiz zeigen, dass es bei der Risikoabschätzung gentechnisch veränderter Pflanzen eine große Sicherheitslücke gibt: Bis-

lang wissen wir viel zu wenig darüber, wie sich diese Pflanzen unter wechselnden Umweltbedingungen verhalten, die beispielsweise durch den Klimawandel verursacht werden. Die zusätzlichen Gene unterliegen nicht der Kontrolle durch die natürliche Genregulation, ihre Stabilität muss deshalb systematisch und unter wechselnden Bedingungen getestet werden.“

Für die Schweizer Forscher ist der misslungene Weizenversuch ein Beleg für die Notwendigkeit von Freilandversuchen. Dem widerspricht Christoph Then: „Freilandbedingungen erlauben keine systematische Untersuchung bestimmter Einflussfaktoren. Die äußeren Bedingungen hängen hier zu stark von Zufällen ab. Extreme Umwelteinflüsse wie wechselnde klimatische Bedingungen können im Gewächshaus besser simuliert werden, als durch den Anbau der Pflanzen im Freiland.“ Eine mögliche Lösung könnten Versuche in Klimakammern darstellen, in denen die einzelnen Einflussfaktoren wie Licht, Temperatur, Feuchtigkeit und CO₂-Gehalt gezielt gesteuert werden können.

Schon lange kritisieren Gentechnikgegner, dass Freisetzungsvorversuche im Falle einer Auskreuzung zu unkalkulierbaren Risiken führen.

mn



Hochgiftig, aber auch irgendwie schön: Mutterkorn

Foto: bbroianigo_pixelio

Situation Schweiz

In der Schweiz dürfen bis zum 27. November 2010 keine gentechnisch veränderte Pflanzen in der Landwirtschaft angebaut und gentechnisch veränderte Tiere für die Produktion von Lebensmitteln in Verkehr gebracht werden. So will es das fünfjährige Moratorium, dem Volk und Stände im Jahr 2005 zugestimmt haben. Bereits im Frühling hat der Bundesrat angekündigt, er wolle diese Frist um drei Jahre verlängern: Bis 27. November 2013 soll die Schweizer Landwirtschaft gentechfrei bleiben. Forschungsvorhaben und Freisetzungsvorversuche, wie die mit pilzresistentem gv-Weizen sind hiervon jedoch ausgenommen.

Auskunftsersuchen mit geringer Halbwertszeit

Auch der BGH erkennt übliche Verjährungsfristen bei der Nachbauauskunft an

Am Ende verzichtete die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) auf eine Urteilverkündung, die doch nur wieder eine Niederlage gewesen wäre. Der Bundesgerichtshof war einmal mehr den Argumenten der Bauern und Bäuerinnen bzw. den Anwälten der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze (IGN) gefolgt und hat somit erneut einen Präzedenzfall in ihrem Sinne geschaffen. Diesmal ging es um die Frage, wie lange rückwirkend die STV ein Auskunftsersuchen an Bauern und Bäuerinnen richten darf. Der konkrete Fall betrifft einen Bauern aus Niedersachsen, der 1999/2000 auf seinen Feldern Weizen nachgebaut hat. Sein Saatgutaufbereiter meldete das 2002 an die STV, die aber noch bis 2006 brauchte, um dem Bauern ein qualifiziertes Auskunftsersuchen mit der Vorlage der Aufbereitermeldung als Anhaltspunkt vorzulegen. Da der Bauer sich auf eine Verjährungsfrist von drei Jahren über das laufende Wirtschaftsjahr hinaus berief und die Auskunft verweigerte, reichte die STV Klage ein und forderte Schadensersatz in Höhe der Z-Lizenz wegen „verhehltem Nachbau.“

Braunschweig urteilt geteilt

Das erstinstanzliche Landgericht Braunschweig urteilte zwiespalten. Für die eine nachgebaute, national geschützte Weizensorten erkannte sie die Verjährung an und wies den Auskunfts- und damit auch den Schadensersatzanspruch der STV zurück. Für die zweite vom Bauern nachgebaute, nach europäischem Sortenrecht geschützte Sorte wollte das Landgericht Braunschweig keine Verjährung gelten lassen und erkannte den Auskunftsanspruch und damit auch die Forderung der STV nach Schadensersatz an. Der Beklagte reichte die Berufung beim Oberlandesgericht ein. Das OLG Braunschweig stellte klar, dass es für Schadensersatz aufgrund von verhehltem Nachbau keine Grundlage gebe, wenn überhaupt, müsse der Bauer die Nachbaugesetze nachzahlen. Aber auch das verneinte das OLG vollständig für beide Weizensorten, da es sehr wohl im nationalen wie auch im europäischen Recht die Verjährung sehe. Der Argumentation der STV, die Züchter erführen durch die Nachbaugesetzgebung eine Privilegierung was Verjährungen anbetreffe, wollte das Gericht nicht folgen und bezeichnete es in seiner Urteilsbegründung als „grobe Fahrlässigkeit“ der STV, nicht zeitnah ihre Auskunftsansprüche geltend gemacht zu haben. Ein Jahr Bearbeitungsfrist nach Eingang der Aufbereitermeldung hätte das OLG der STV wohl zugebilligt, alles andere gebe ihr zu viel Spielraum, ein Verfahren ungerechtfertigt in die Länge zu



Ort der Gerichtsbarkeit. Das Palais des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe.

Foto: Kucharek

ziehen. Es sei den Bauern und Bäuerinnen nicht zuzumuten, über einen so weiten Zeitraum noch die Informationen vorzuhalten, die die STV in ihrem Auskunftsersuchen wollte, so der Tenor der Urteilsbegründung. Das OLG erkannte die weitreichende Bedeutung des Verfahrens an und ließ deshalb die Revision vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe zu.

Revision in Karlsruhe

Dort wurde jetzt im Sommer verhandelt und die Richter ließen sehr schnell keinen Zweifel daran, dass sie die Sachlage sogar noch strenger zu Gunsten der Bauern und Bäuerinnen sehen als noch ihre Braunschweiger Kollegen. Der BGH gesteht der

STV gar kein Jahr mehr zur Bearbeitung der Aufbereiterdaten zu. Der Vorsitzende Richter Professor Meyer-Beck, der die weitreichenden Ansprüche der STV schon mehrfach in vergangenen Verfahren in enge Schranken gewiesen hatte, bot der STV nach seinen Ausführungen an, sich die Sache noch mal zu überlegen. Daraufhin machte die STV einen Rückzieher, um nicht noch einmal eine Niederlage vor dem höchsten deutschen Gericht zu kassieren. Damit gilt der Spruch des OLG Braunschweig nicht mehr nur als Präzedenzfall in Niedersachsen, sondern bekommt bundesweite Bedeutung. Was lange währt wird endlich gut, auch beim Nachbau. cs

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Interessengemeinschaft Nachbau
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

laden ein zur öffentlichen Saatgut-Fachtagung

"Souveräne Bauern -Sichere Ernten"

am Mittwoch, 6. Oktober 10, 9-17 Uhr,
in Berlin -Mitte,
Vortragssaal der Berliner Stadtmission, Lehrter Str. 68,
5 Minuten zu Fuß vom Hauptbahnhof Berlin
www.berliner-stadtmission.de

Folgende Themen werden diskutiert:
-Klimawandel und weltweite Veränderungen im Ackerbau
-Lokales Saatgut in Händen von Bauern in Indien und im Senegal
-Aktuelle Reformpläne des EU-Saatgutrechts
-Der Streit um Patente
-Züchtungsfortschritt auch ohne Nachbaugesetze
-Gentechnik und Nahrungskrise

Tagungsbeitrag : 20,-Euro incl. Verpflegung
Das genaue Programm, weitere Informationen und
Anmeldung bis zum 23. September 2010:
Georg Janßen, Geschäftsführung IG Nachbau und AbL,
Tel.04131-407757, Fax: 04131-407758,
Email: janssen@abl-ev.de



Noch zweimal

Zwei weitere Verfahren im Nachbauzusammenhang wurden in diesem Sommer vor dem Bundesgerichtshof verhandelt. Zum einen ist da der Fall des Aufbereiters Wahl, der nicht zum Nachbau erlaubte Lupinensorten an zwei Bauern weitergegeben hatte. Die Bauern hatten im Nachhinein die Erlaubnis der Züchter eingeholt, die Lupinen nachbauen zu dürfen, für den Aufbereiter hatte das allerdings einen jahrelangen Rechtsstreit zur Folge, der nun durch ein Sowohl-als-auch-Urteil beendet wurde. Da die Urteilsbegründung noch aussteht, wird die *Unabhängige Bauernstimme* dazu in einer späteren Ausgabe berichten. Ähnliches gilt für einen weiteren Fall, in dem es um Schadensersatzforderungen der STV geht und in dem das Urteil Ende September gesprochen werden soll. cs

Fusion in der Züchtung

Der Strukturwandel in der Saatgutbranche geht weiter. Die Unternehmen Saatgut Streng-Engelen GmbH & Co. KG, Pflanzenzucht Saka GmbH & Co. KG und W. von Borries-Eckendorf GmbH & Co. KG bündeln ihre Getreidezüchtung. Die neu gegründete Gesellschaft heißt Optigran GmbH. pm

GAP-Training jAbL

Wenn man verstehen will, was im Hintergrund der Agrarreform von Bedeutung ist, muss man genau hinsehen

Vor der politischen Sommerpause legte die junge AbL noch mal los: Zur Einstimmung auf zukünftige Debatten zur EU-Agrarpolitik trafen wir Berit Thomsen und Uli Jasper in Kassel. Wir als jAbL hatten unsere Forderungen im Juni schon in der öffentlichen Online-Konsultation der EU-Kommission eingebracht. Mit dieser Grundlage konnten wir Uli Jasper und Berit Thomsen über ihre Meinungen zu den Instrumenten Marktordnung und Direktzahlungen ausfragen.

Klima und Entwicklungspolitik

Erfahrungen zu klima- und entwicklungsfreundlichem internationalen Agrarhandel brachte Berit Thomsen auch aus ihren Projekten mit Germanwatch und dem Forum Umwelt und Entwicklung mit. Sie stellte uns eingangs die aktuelle Diskussion rund um die WTO-Agrarverhandlungen vor und zeigte auf, welchen Charakter die bilateralen Agrarabkommen (EPAs) haben, die die EU als Alternative zu den sto-

ckenden WTO-Verhandlungen mit den AKP-Staaten ausgehandelt hat. Von Uli Jasper, der in der AbL-Geschäftsstelle schwerpunktmäßig zu Agrarpolitik arbeitet, erfuhren wir, wie die aktuellen politischen Rahmenbedingungen gestaltet sind und mit welchen Hintergründen die Entscheidungen für die nächste Reform 2013 getroffen werden. Dadurch wurden die Diskussionen um die Verteilung der Direktzahlungen innerhalb der EU, die generelle Legitimation gegenüber dem Steuerzahler und die Thematik der Honorierung gesellschaftlicher Leistungen für uns greifbarer.

Unser besonderes Interesse galt dem Verhältnis zwischen Einkommen und Betriebsgrößen. 20 Prozent der Betriebe erhalten 72 Prozent der Direktzahlungen. Sie bewirtschaften 70 Prozent der Landfläche, beschäftigen aber nur ein Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Auch regionale Unterschiede gaben uns zu denken. Die Höhe der Direktzahlungen pro Arbeitskraft ist

im großräumigen Mecklenburg-Vorpommern mehr als vier Mal so hoch wie in Rheinland-Pfalz mit kleinräumigen Strukturen und arbeitskraftintensiver Bewirtschaftung. Bei einer einfachen Kürzung der Direktzahlungen würde der Gesamtbetrag zwar gesenkt, die derzeitige Verteilung auf den Betrieben bliebe aber bestehen. Vor den dargelegten Hintergründen zeigte sich das von der AbL entwickelte Konzept des qualifizierten Marktzugangs als eine mögliche zukünftige Strategie für einen fairen internationalen Agrarhandel.

Lebhafte Diskussion

Mit den inhaltlichen Grundlagen zur GAP im Hinterkopf stiegen wir schließlich in die Diskussion ein: Wie wettbewerbsfähig sind die europäischen Landwirte? Welchen Stellenwert sollte der nationale bzw. internationale Wettbewerb im Betrieb haben? Die Sicherung von Ernährungssouveränität oder Instrumente zur Mengenregulierung für den Milchmarkt kamen zur Sprache.

Hier war auch Gelegenheit, Alternativgedanken anzusprechen: Ist eine Landwirtschaft ohne Subventionen denkbar? Welche Möglichkeiten gibt es für (Klein-) Betriebe, etwas zu ändern? Und wie ist die Kommunikation unter den (AbL-) Bauern, um sich zusammen zu tun? Im Gespräch mit den erfahrenen AbL-ern wurde deutlich, dass wir mit den unsozialen Verhältnissen in der Landwirtschaft nicht einverstanden sind. Motiviert stimmten wir uns auf unsere Ziele und das weitere Vorgehen ein: Kreative Ideen zu Aktionen und Kampagnen stellten sich nach dem theoretischen Input leicht ein und machten Lust auf Engagement. Wir wollen unser fundiertes Wissen aneignen, um gesellschaftlich aufzutreten und Bewusstsein zu schaffen, wir wollen verändern und wir sind optimistisch. Wir wollen uns mit mehr jungen Menschen auf dem Land zusammentun, um viel zu erreichen. Arbeiten in der Landwirtschaft soll auch in Zukunft attraktiv sein.

Katrin Rösner & Julia Frenzel

Das Buch zur Ringvorlesung: Denk mal nach!

Was sollen StudentInnen der Agrarwissenschaft und zukünftige LandwirtInnen lernen? Brauchen wir eine kritische Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik in den Hörsälen? Und wie kann die aussehen?

Wer solche Fragen stellt, findet Antworten in dem Band „Agrarpolitik in der Lehre?“, das von einigen Studierenden der ökologischen Agrarwissenschaften der Universität Kassel herausgegeben wurde. Anlässlich der Pensionierung von Prof. Dr. Onno Poppinga und dem Wegfall seines Fachgebiets „Landnutzung und regionale Agrarpolitik“ in Witzenhausen, wurde dort von Studierenden eine Ringvorlesung ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Ökologische Agrarwissenschaften heißt kritische Auseinandersetzung“ entstand ein Buch, in dem alle Vorträge und Diskussionen der Vorlesungsreihe niedergeschrieben sind. Von der Geschichte der EU-Agrarpolitik und der Milchquotenregelung über die Ökonomisierung an den Hochschulen bis hin zu regionalen agrarpolitischen Initiativen. Durch die bunte Mischung der eingeladenen Referenten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, bäuerliche Initiativen und der praktischen Landwirtschaft bekommt der Leser Themen aus verschiedenen Sichtweisen erklärt und erläutert. Die anschließenden Diskussionen bieten ei-

nen tieferen Einblick in die jeweilige Thematik.

Die ersten Vorträge von Katrin Hirte vom Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft und Tomas Bultmann vom Bund demokratischer WissenschaftlerInnen werfen einen kritischen Blick auf die „Ökonomisierung der Hochschulen“. Die ökonomisierte Hochschule sei geprägt von wettbewerblichen Finanzierungsmechanismen. Gefördert werde eine Wissenschaft, ausgerichtet im Sinne des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Schlichte akademische Erkenntnisinteressen jenseits ökonomischer Rentabilität sind in der ökonomisierten Hochschule nicht repräsentiert, so die Referenten. Gefördert werden vor allem die zwanzig „Top-Universitäten“, die eine Elite ausbilden möchten. Das Bildungs- und Wissenschaftsniveau in der gesellschaftlichen Breite werde gleichzeitig abgesenkt. Dass dadurch der gesellschaftliche Nutzen von Wissenschaft gesteigert wird, bezweifelt Bultmann. Stephan Albrecht von der Universität Hamburg mit dem Forschungsschwerpunkt Biotechnik, Gesellschaft und Umwelt nimmt die Methodik, Ziele und Ausrichtung der allgemeinen Landnutzungswissenschaften unter die Lupe. Er plädiert für eine so genannte „nachhaltige Wissenschaft“ in Zeiten der industriellen Landnutzung und einherge-

hender Schädigung der Umwelt sowie des wachsenden Hungers auf der Welt und gleichzeitiger hochintensiver Produktion mit gewaltigen Überschüssen. Wie sich wissenschaftliche Methoden und die Agrarpolitik beeinflussen, erklärt Nikolai Fuchs von der landwirtschaftlichen Sektion am Goetheanum. Mehrere Referenten beschäftigen sich mit der Frage, ob die Landwirtschaft ins neoliberale, kapitalistische Wirtschaftssystem passt.

Es werden die Aussichten, Ansichten und Auswirkungen der EU Agrarpolitik und ihre Maßnahmen von mehreren Seiten beleuchtet. Der Leser erhält einen Einblick in die Geschichte der EU-Agrarpolitik, den Sinn oder Unsinn der Milchquotenregelung sowie die fragliche Verteilung der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe.

Unter dem Leitthema „Wissenschaft und Praxis“ bieten die Referenten einen Einblick in die EU-Hygieneverordnungen und die Möglichkeiten und Schwierigkeiten ihrer Umsetzung in der landwirtschaftlichen

Praxis. Es wird über die Wirkung der ländlichen Entwicklungsprogramme auf ländliche Regionen anhand von Erfahrungen aus Österreich referiert sowie über die erfolgreiche Initiative der „Upländer Bauernmolkerei“ im Sauerland.

In einer Podiumsdiskussion am Ende der Vortrags- und Diskussionswoche wird unter anderem eingegangen auf den Studien- und Lehrstandort Witzen-

hausen und die Zukunft der Agrarpolitik als Lehrinhalt.

Den Studierenden ist mit der Dokumentation ihrer Ringvorlesung ein informatives Buch mit verschiedenen Sichtweisen auf vielseitige Themen gelungen. Es bietet Einblicke in aktuelle agrarpolitische Diskussionen und zeigt Alternativen zu bestehenden Denkweisen auf. Ein guter Beitrag,

um die kritische agrarpolitische Debatte an den Hochschulen zu beleben und die Lehre und Forschung der Agrarpolitik am Standort Witzenhausen neu zu etablieren. *mh*



Spielräume für freie und unabhängige Forschung

Studenten planen und organisieren Ringvorlesung, um Impulse für eine andere Entwicklung der Ausbildung zu setzen

Was die Schließung eines gesamten Fachgebietes und damit der Verlust der in diesem Bereich gebotenen Lehre für eine Universität, den betroffenen Fachbereich und die Studierenden wirklich bedeutet, merkt man wohl erst, wenn man versucht, dessen Lehrinhalte in elf Veranstaltungstermine zu packen. So geschehen an der Universität Kassel/Witzenhausen, Fachbereich für Ökologische Agrarwissenschaften im Wintersemester 2008/2009.

Leere Lehre?

Das Fachgebiet „Landnutzung und regionale Agrarpolitik“ wurde von Prof. Onno Poppinga geleitet. In Folge seiner Pensionierung sollte das Fachgebiet, das ursprünglich einmal direkt an der Universität in Kassel beheimatet war, geschlossen und die so frei werdende Professorenstelle wieder nach Kassel zurückgegeben werden. Um auf den gravierenden Qualitätsverlust in Lehre und Forschung aufmerksam zu machen, die die Schließung mit sich bringen würde, fand sich eine Gruppe Studierender zusammen, die die Ringvorlesung: „Agrarpolitik in der Lehre?“ für das Wintersemester 2008/2009 geplant hat. An elf Terminen wurden Referenten eingeladen, die zu verschiedenen agrarpolitischen Themen referierten. Sowohl die EU-Agrarpolitik in ihren vielfältigen Facetten, als auch die fortschreitende „Ökonomisierung“ der Hochschulen und die „Degradierung“ der Universitäten zu dienstleistenden Institutionen sollten ihren Platz in der Veranstaltungsreihe finden. Das Wortspiel im Titel bezüglich der „Lehre“ und „Leere“ verdeutlicht den Wegfall der für unentbehrlich befundenen Lehrveranstaltungen bzw. die Unsicherheit darüber, wie die Inhalte in Zukunft am Fachbereich abgedeckt werden sollen.

Die Uni Witzenhausen zeichnet sich seit langem durch ihre „Querdenker“ und die Motivation aus, Alternativen für viele Bereiche des Lebens, natürlich besonders für den Bereich der Landwirtschaft zu finden. Dies zeigt allein die Umstellung von Forschung und Lehre am Fachbereich für Ökologische Agrarwissenschaften von konventionellen hin zu ökologischen Wirtschaftsweisen in den 90er Jahren. Trotz aller Kritik bezüglich der Umstellung, hat sich der Fachbereich jedoch als eine national und international anerkannte und geachtete Forschungseinrichtung etabliert, die jungen Menschen (Nachwuchslandwirten und angehenden Forschern) die Möglichkeit bietet, sich für verschiedenste Bereiche der Landwirtschaft auszubilden. Allerdings steht Witzenhausen den gleichen Herausforderungen gegenüber, wie jede andere deutsche Uni auch. Fragen,

wie die Studierendenzahl hochgehalten werden, wie gute Wissenschaftler dazu gebracht werden, für die eigene und nicht für eine andere Uni zu forschen und an welchen Stellen investiert werden muss, um die Forschung in eine bestimmte Richtung zu lenken, bestimmen die Entwicklung der Universität, des Fachbereiches und der Qualität der Lehre und lenken von dem wesentlichen Grundsatz ab, der eine Universität auszeichnet: Nämlich der Notwendigkeit, junge Menschen auszubilden, die fähig sind, selbstständig zu denken, kritisch zu hinterfragen und nicht auf Anhieb dem Mainstream zu folgen. Einer „freien und

reich Agrarpolitik, -ökonomie, -soziologie und -geschichte, – die zunehmend eine einseitige Ausrichtung zugunsten der Agrarökonomie zeigen.

Weiter Themenkreis

Prof. Poppingas Vorlesungen und die Veranstaltungen seiner Kollegen/Innen gaben den Studenten die Möglichkeit, sich kritisch mit verschiedensten Thematiken, wie der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Gender-Frage auseinanderzusetzen und über Problematiken zu diskutieren, die die praktische Landwirtschaft direkt betreffen. So zum Beispiel die Frage der Blauzungenimpfungspflicht oder die Abschaf-



Frei und unabhängig forschen

Foto: Redaktion

unabhängigen“ Forschung wird immer weniger Spielraum geboten. Die Ökonomisierung der Hochschulen nimmt Einzug. Dies zeigen strukturelle und inhaltliche Veränderungen, bestimmt durch ökonomische Kriterien (Zahl der Veröffentlichungen, Summe der eingeworbenen Drittmittel) an allen deutschen Hochschulen, die ihren Höhepunkt in der so genannten Exzellenzinitiative finden. Es soll eine akademische Elite herangezogen werden, die Profit verspricht und sich im globalen Wettbewerb behaupten kann. Die „weichen“ Geistes- und Sozialwissenschaften werden zunehmend verdrängt. Im Bereich der Agrarwissenschaften zeigt dies die Entwicklung der besetzten WiSo-Professuren an den zehn deutschen Agrarfakultäten – das Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften umfasst die Lehre im Be-

reich der Milchquote. Darüber hinaus wurde ihnen die Funktionsweise der europäischen Agrarpolitik nahe gebracht, die keinem praktizierenden Landwirt unverborgen bleiben darf.

Mit der Ringvorlesung und der Herausgabe des Tagungsbandes (siehe nebenstehende Seite) möchten wir auf die große Bedeutung der agrarpolitischen Lehre aufmerksam machen und eine Diskussion am Fachbereich darüber entfachen, wie es in Zukunft weiter gehen soll. Die positive Entwicklung der Landwirtschaft in Europa und der Welt wird durch neue Konzepte, eine umfangreiche und unabhängige Forschung und nicht zuletzt durch die kritische Auseinandersetzung mit diesen Themen bestimmt.

Johanna Besier, Hannah Fritsch, Arne Rost, Sven Schmidt, Hannes Schulz, Maggi Selle und Katharina Wenzel

Bioethik

Ethische Fragen sind für den Kauf von Ökoprodukten und die Zahlung höherer Preise relevant, so eine Untersuchung der Kasseler Agrarökonomin Dr. Karin Zander und Prof. Ulrich Hamm in fünf EU-Ländern. Besonders wichtig sind dabei die Kategorien „Artgerechte Tierhaltung“, „Regionale Erzeugung“ und „Faire Preise für die Landwirte“. pm

Bhopal-Justizskandal

Beim weltweit größten Chemieunfall starben im Jahr 1984 im indischen Bhopal 30.000 Anwohner einer Fabrik des US-Konzerns Union Carbide, aus dem wegen „krimineller Nachlässigkeiten des Managements zugunsten des Geschäftsinteresses“ das Gas Methyl-Isocyanat austrat. Rund 100.000 Menschen aus den angrenzenden Elendsvierteln leiden heute noch unter den Spätfolgen, die durch die zunächst gezahlten 470 Millionen Dollar kaum gemildert werden. Jetzt ist ganz Indien empört, dass nach 14jähriger Prozessverschleppung gegen sieben Verantwortliche des Konzerns nur zwei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 1.800 Euro verhängt wurden. Gegen Kautionsverließ die Verurteilten das Gericht auf freiem Fuß. en

Gülleauflagen für Gewerbe-Tierhaltung

Eine neue „Verbringungs-Verordnung“ gilt ab September für Gülle und Mist. Landwirtschaftliche Betriebe mussten bisher schon die strengen Regelungen gemäß der Düngeverordnung beachten, jetzt sollen auch Betriebe mit gewerblicher Tierhaltung ohne Flächenbezug oder mit großen Biogasanlagen zu Nachweisen über den Verbleib des Wirtschaftsdüngers (bisher „Abfall“) verpflichtet werden. In- und ausländische Wirtschaftsdünger-Händler müssen ihr Geschäft anmelden; Abgabe, Transport und Abnahme sind zu dokumentieren; Bezug von Gülle oder Gärsubstrat aus dem Ausland ist behördlich anzuzeigen. *en*

Für Bauern oder für Westfleisch?

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) hat ihren langjährigen Geschäftsführer Detlef Breuer überraschend und ohne öffentliche Begründung entlassen. Brancheninformationen zufolge hatte Breuer eine stärkere Interessenvertretung der Schweinehalter gegenüber den Schlachtereien betrieben, dies hatte den Unwillen von ISN-Vertretern in den Spitzengremien der Westfleisch AG erregt. *en*

Tönnies-Agrarfabriken in Russland

Der Tönnies-Fleischkonzern betreibt im russischen Belgorod bereits auf 27.000 Hektar fünf 20.000er Schweinemastanlagen und zwei 5.000er Sauenanlagen nebst Mischfutterwerk. Laut *DLG-Mitteilungen* wird der angegliederte Schlachthof wegen der Finanzkrise erst in drei bis vier Jahren fertig sein. Russischer Partner ist der Geflügelkonzern Prioskolje. Tönnies plant ähnliche Projekte an anderen russischen Standorten. Sie sind Bestandteil einer Strategie der russischen Regierung, die Produktion von Schweine- und Geflügelfleisch rasch auszubauen und diese bald sogar zu exportieren. Neben den russischen Agrarkonzernen Rusagro, Agroholding, Kopitanija, Miratorg und Tscherkisowo sind daran neben Tönnies auch weitere ausländische Investoren beteiligt. *en*

Militärbasen zu Agrarfabriken

Eine russische Firma will nach Angaben der Rigaer Zeitung *Telegraf* für 2 Millionen Euro das Gelände der ehemaligen sowjetischen Radarbasis in Riga kaufen, um dort eine Großanlage für 120.000 Schweine zu errichten. *pm*

Kurzes am Rande

Die Agrarindustrie trudelt

Turbulente Auseinandersetzungen um Grotelüschen, Rothkötter und Co.

Turbulente Wochen der Auseinandersetzung mit der Agrarindustrie liegen hinter uns. Report Mainz zeigte Bilder der Tierschutz-Organisation PETA von geschundenen Puten in Agrarfabriken, deren Inhaber eng verflochten sind mit der Großbrüterei Ahlhorn, die wiederum eng mit Wesjohann-„Wiesenhof“ verknüpft ist. Die noch von Niedersachsens Ex-Ministerpräsident Wulff eingesetzte Agrarministerin Astrid Grotelüschen, bis vor kurzem Prokuristin in der Brüterei ihres Mannes, versuchte im Verbund mit CDU, Bauernverband und Geflügel-Zentralverband vergeblich, die gezeigte übliche Realität in Putenmastställen zu leugnen. Das nützte nichts, angesichts der andauernden Medien-Berichterstattung befürchtet die Agrarindustrie-Lobby nunmehr eine Beeinträchtigung der ganzen Branche. Zuvor hatte der Rothkötter-Konzern, der teilweise aus der Putenbranche kommt, mit der Räumung des besetzten Bauplatzes in Wietze den Bau seines zweiten Mega-Schlachthofs für Masthühner begonnen. Die mittlerweile 900 Mitglieder starke Bürgerinitiative will auf Baustopp klagen – u. a. wegen Verfahrensfehlern und ungeklärter Wasserversorgung. Bei einer gemeinsamen Konferenz beschlossen die 25 Bürgerinitiativen rund um Wietze, weiter erfolgreich gegen Rothkötters Anwerbeversuche bei Vertragsmästern vorzugehen (er hat bisher nicht mal die Lieferanten für die erste Schicht anwerben können). Das Politmagazin *Frontal 21* berichtete, wie mit staatlicher Förderung eine unsinnige und ruinöse Überproduktion der Geflügelkonzerne und von Finanzinve-

storen bei Hähnchenfleisch gepusht wird und wie Investoren in Klein Daberkow mit Betriebsteilungen Fördermillionen an Land ziehen wollen.

Die Risiken der agrarindustriellen Massentierhaltung wurden überdeutlich, als bei Uelzen nach Ausfall der Lüftung 40.000 Masthühner binnen einer Stunde elendiglich erstickten. Eine Anfrage der Grünen im Bundestag zeigte, dass dies kein Einzelfall war. Als eine leere Masthühner-Anlage in Sprötze bei Harburg wegen Brandstiftung niederbrannte, wurde die „Animal Liberation Front“ der Tat verdächtigt – wofür es aber keine Beweise gibt. Viele Organisationen wie auch die AbL distanzieren sich deutlich vom Mittel der Brandstiftung und warnen zugleich die Landesregierung vor einer weiteren Eskalation durch die Förderung und das Schönreden von Agrarfabriken.

Teilerfolge

Erfolge gab es in Sachsen-Anhalt bei der Klage gegen die Tönnies-Schlachthof-Erweiterung in Weißenfels und beim Kampf gegen „Deutschlands größte Massentierhaltung“ in Güsten, wo die geplanten Anlagen der Horsch-Gruppe für 600.000 Legehennen, 30.000 Schweine plus Biogasanlage nunmehr einem Raumordnungsverfahren unterliegen sollen. In Binde hat die dortige Bürgerinitiative erreicht, dass der Landkreis eine Untersuchung über vermutlich illegal gebaute Stallanlagen des Straathof-Konzerns einleitet.

Im emsländischen Surwold wurde ein Einwendungsstermin über eine 300.000er Masthuhn-Anlage abgesetzt, weil die angegebenen Mastendgewichte im Antrag nicht stimmten und die Vorbelastungen bei Emissionen nicht berücksichtigt wurden. Das hat viele der dortigen Initiativen gegen Agrarfabriken weiter ermuntert. Im bayerischen Malgersdorf könnte eine geplante Masthühner-Anlage durch einen Bebauungsplan für Solarenergie verdrängt werden.

Dem bundesweiten „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ sind mittlerweile 120 Initiativen und Verbände beigetreten. Mit bundesweiten Aktionen und Aktivitäten sollen die Vorschriften und Rahmenbedingungen zu artgerechterer Nutztierhaltung, Tiertransporten, Baurecht, Emissionsschutz, Tierschutz-Klagerecht, Tierschutz-Deklaration, Exportsubventionen, Überschussproduktion, Förderung des Anbaus heimischer Eiweißpflanzen statt Gentech-Soja verstärkt angegangen werden. In Medien, Parlamenten, vielen Gemeinden und kommunalen Spitzenverbänden ist das Thema virulent. Das Thema Bauernhöfe statt Agrarfabriken ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. *en*



Kein Zeichen von Hilflosigkeit: Bauplatzbesetzungen um Megaställe zu verhindern

Foto: Niemann

Nachhaltigkeitspreis verliehen

Kritische Arbeit zu Patenten mit Preis gewürdigt

Unermüdlich bezwingt sie riesige Patent-Datenmengen, organisiert Widerstandsaktionen und verfasst zahlreiche Einsprüche gegen Bio-Patente. Bei einer Demonstration im Frühjahr 2009 übergab sie dem Leiter des Europäischen Patentamts den Sammeleinspruch zahlreicher Verbände gegen das Patent auf Schweine. Derzeit ist sie aktiv gegen das Brokkoli-Patent. Die Rede ist von Dr. Ruth Tippe. Im Juni wurde ihr für ihre ausdauernde und akribische Arbeit der jährlich verliehene Nachhaltigkeitspreis der ökologischen Brauerei „Neumarkter Lammsbräu“ verliehen. In der Begründung des Preisverleihers heißt es: „Erst durch ihre mühsame Recherche-Arbeit beim Europäischen Patentamt wurde die Öffentlichkeit auf die gefährlichen Patente auf Pflanzen und Tiere aufmerksam“. In der Tat hat Ruth Tippe, die 2001 die „Gen-ethische Stiftung“ gründete und Koordinatorin der Initiative „Kein Patent auf Leben“ ist, Erstaunliches im Kampf gegen Bio-Patente geleistet. Seit dem Jahr 2000 geht die Zahl der Bio-Patent-Anmeldungen drastisch zurück, wie der Gen-ethische Informationsdienst im Juni dieses Jahres berichtete. Tippe, die am Max-Planck-Institut in Berlin für molekulare Genetik promovierte, sitzt im wissenschaftlichen Beirat des „Gen-ethischen Netzwerks“. Die Patentexpertin, die sich gegen internationale Konzerne wie Monsanto oder Syngenta

zur Wehr setzt, sieht sich selbst nicht als „mutige Frau“. Gern betont sie ihre gute Zusammenarbeit mit Christoph Then von Testbiotech, der Greenpeace in Patent- und Gentechnikfragen berät. Für Ruth Tippe ist die ehrenamtliche Arbeit derartig selbstverständlich, dass dies in der Laudatio der Regisseurin Jacqueline Roussety nicht fehlen durfte: „Wenn alle von uns nur einen Funken von diesem „bisschen Nichts“ machen würden, dann wäre diese Welt eine sehr viel bessere.“ *ch*



Arbeitet seit vielen Jahren zum Thema Patente auf Leben: Ruth Tippe Foto: Tippe

Abrechnung auf Bauernabend

Spannende Themen lockten viele Besucher zum Bauerntag nach Diemendorf

Rund 700 Besucher waren am 16. August zum „Bauernabend“ nach Diemendorf (Landkreis Starnberg) gekommen. Veranstalter des Abends um Gentechnologie, Agrarreform 2013 und Milchpreispolitik waren AbL und BDM. Mucksmäuschenstill war es im Zelt, als Franz Rottenkolber, ein genmaisgeschädigter Landwirt seine Erlebnisse mit der Saatgutfirma Pioneer und dem Bauernverband schilderte. Um eine noch nicht festgelegte Schadensersatzsumme zu bekommen, müssen sich die betroffenen Bauern verpflichten, nichts an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Edith Liersch, AbL-Landesvorsitzende, zeigte sich überzeugt, dass den Bauern bewusst verunreinigtes Saatgut zu Testzwecken untergejubelt wird. Erwin Schneiderbauer, AbL-Vorsitzender im Landkreis Rottal-Inn, ermunterte die Bauern in einem von fundiertem Sachwissen geprägten Vortrag, sich für ein gentechnikfreies Bayern einzusetzen. Der Stuttgarter Referent Dr. Martin Grauer, wissenschaftlicher Direktor vom Institut

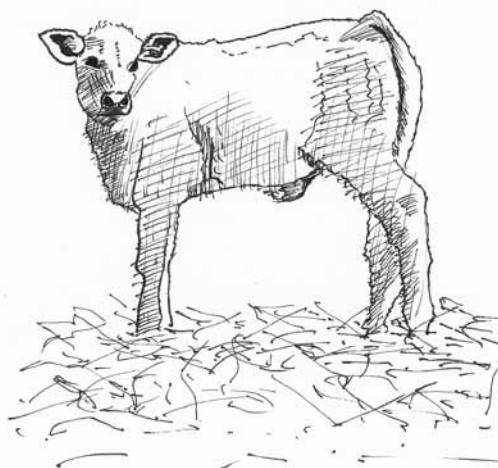
für Wissensmanagement und Innovation, kritisierte die Firmen Pioneer und Monsanto: „Die ganze Welt zum Versuchslabor solcher Firmen zu machen ist ein Verbrechen. Sucht euch dagegen Verbündete.“ Auch die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch mahnte: „Nur mit dichten Netzwerken sind wir stark. Wir dürfen in unserem Widerstand gegen das Unrecht nicht lockerlassen.“ Sie zitierte einen Gesetzestext von 1997, in dem die EU-Kommission das Ziel formulierte, in Europa flächendeckend eine „vielfältige bäuerliche Landwirtschaft“ zu erhalten. Genau entgegengesetzt verlaufe aber die Entwicklung, so Heubuch. Dies sei schon daran zu erkennen, dass große, flächenintensive Betriebe die meisten Prämien zugeteilt bekommen. Auch Grauer sieht die Zukunft der Landwirtschaft in einer kleinstrukturierten, bäuerlichen Form. Dies hält er nicht nur aus gesellschaftlichen und ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen für sinnvoll.

Elisabeth Friesenegger

Ein neuer Anfang

Als ich fünfundzwanzig war, saß ich beruflich fast nur noch vor dem Bildschirm. Immer öfter stellte ich mir die Frage: War das jetzt das Leben, das ich wollte? Zum Glück hatte ich noch einen alten Traum. Den Traum vom Bauernhof. Ich kündigte und begann eine Ausbildung zum Landwirt.

Der erste Tag begann wie im Bilderbuch. Mit einer Geburt. Ein kleiner weißer Charolais-Bulle war auf einmal da, noch ganz nass und benommen. Er lag im Rinderlaufstall und guckte mich ungläubig an. Ich holte frisches Stroh, rieb und rubbelte die Nässe aus seinem faltigen Fell. Zwischendurch kraulte ich seine Stirnlocken und flüsterte ihm ins Ohr: „Du hast es geschafft!“



...aus Nordrhein-Westfalen

Am nächsten Morgen, nach dem Füttern und Melken, war die Stimmung auf dem Hof anders. Hektisch, geschäftig, erwartungsvoll. Der Kompressor brummte, Schraubenschlüssel klimperten, ich bekam eine Fettpresse in die Hand gedrückt: „Wir dreschen heute. Die zwölftehalb Morgen in Bergheim. Du hilfst mir abschmieren und fährst mit.“ Auf meinem Lehrbetrieb wurde Saatgut vermehrt.

Getreide und Feldgras. In der Flussniederung bei Bergheim war das Feldgras reif zum Dreschen. Als ich mit dem Traktor am Feld ankam und sah, wie der Grassamenfluss aus dem Mähdrescher strömte, wie sich Wagen für Wagen mit Samen füllten, begann die erste Ernte meines Lebens.

Vier Wochen später passiert es. Es hat geregnet. Regentagsarbeit ist angesagt. Ich muss alten Beton aus einer Mischtrommel heraus schlagen, mit Hammer und Meißel. Mein Ausbilder schaltet die Trommel ein und aus, damit der Beton herausfällt und wir weiter stemmen können. Den Schalter bedient er blind.

Auf einmal sehe ich Stahlseile. Zentimeterdicke Stahlseile, die sich spannen und die Sandlore hochziehen. Ein Stahlseil reißt meine linke Hand mit. Ich schreie: „Meine Finger sind ab!“ Spät in der Nacht geben die Chirurgen auf. Die Finger wollen nicht anwachsen.

Als die Wunde verheilt ist, schickt mich der Oberarzt nach Bochum. Klinik Bergmannsheil. Dort soll ich eine Prothese bekommen. Eine starre Ersatzhand aus Plastik. Wozu?

Ich habe noch nie so viele Prothesen auf einmal gesehen wie in der Bochumer Klinik. Ich aber brauche keine. Ich kann greifen. Was will ich mehr?

Drei Monate nach dem Unfall fange ich wieder an zu arbeiten.

Mit dem Stumpf des linken Zeigefingers und dem Daumen packe ich jeden Stiel. Ich lerne Füttern, Melken und Misten. Weil alles neu für mich ist, muss ich mich kaum umstellen. Zuhause lerne ich Babys Tragen, Wickeln und Füttern. Alles geht.

Mag meine Hand auch unvollständig sein, mein Leben ist heute so vollständig wie noch nie. Ich bin jetzt Bauer, und ich kann nur sagen: Ich möchte mit niemandem auf der Welt tauschen.

Ein Bauer (49 Jahre) erzählt ...

Bleib Du wie Du bist

Adi Lambke wird 80 Jahre alt

„Mit seinem Trecker ist Adi Lambke berühmt geworden. 1996, als ihn die Polizei regelrecht aus seinem Gefährt herausgeprügelt hat, liefen die Bilder von dem blutüberströmten wendländischen Bauern in den Hauptnachrichten. Da war allen klar: Der Atomstaat schreckt vor nichts zurück. Bauer Adolf Lambke, genannt Adi, aus dem Dörfchen Jameln bei Lüchow wurde zur

Ikone der Anti-Atomkraft-Bewegung.“ Das schrieb die Berliner tageszeitung mal über ihn. Adi ist schon seit einigen Castortransporten nicht mehr auf dem Trecker dabei, weil seine Gesundheit nicht mehr die Beste ist, aber er bleibt ein Symbol des bäuerlichen Widerstands gegen die Atomkraft im Wendland. Ähnlich ist es in der Auseinandersetzung um die Nachbaugebühren beim

Saatgut. Auch da kommt er nur noch selten zu den Gerichtsterminen in Karlsruhe oder den Sprechertreffen der Interessengemeinschaft. Und doch ist er dabei, denn er hat seinen Mitstreitern in jahrelanger Kleinarbeit das „Niemals aufgeben“ vorgelebt. Wie kein anderer ist Adi Lambke das Inbild eines widerständigen Geistes, der noch in der aussichtslosesten Situation sagt: „Ja, aber trotzdem.“ Auch deshalb lässt er sich jetzt von seinen zahlreichen gesundheitlichen Schwierigkeiten zwar ärgern, aber nicht unterkriegen. So versucht er aktuell unter Ausschöpfung aller Rechtsmittel seinen beschlagnahmten Trecker wieder zu bekommen, an dem sich Mitstreiter vor Gorleben festgekettet hatten.

Dabei gibt es nicht nur den Protestler, sondern auch den Veränderer Adi Lambke, der als Bauer erkannt hat, dass auch Schweine ein Recht auf ein würdiges Dasein haben. Als einer der ersten sind er und seine Frau Elli mit dem Betrieb in das junge Neuland-Programm zur artgerechten Tierhaltung eingestiegen. Ställe und Acker sind heute verpachtet, aber er und seine große Stütze Elli bestehen zusammen die vielleicht härteste Toleranzprüfung

bäuerlicher Eltern – die Kinder dürfen ohne Groll etwas anderes als Landwirtschaft machen. Im Atom-Widerstand sind sie aber dabei und dann ketten sich auch schon mal drei Generationen Lambkes vor dem Bundeskanzleramt an, wie 2008 zum letzten Castor. Dabei ist Adi niemand, der erwartet, dass die Politik es schon richtet, dazu hat er schon zu viel erlebt. Er setzt wie seine Mitstreiter auf zivilen Ungehorsam und gesunden bäuerlichen Widerstand. Vor Jahren stand schon in der *Unabhängigen Bauernstimme*: „Bleib so, wie ich hätte werden sollen“, ruft er einem zum Abschied zu, antworten kann man nur: „Adi, bleib Du, wie Du bist.“ Jetzt wird Adi Lambke 80 Jahre alt. Seiner Elli und ihm wünschen wir alles Gute.

Georg Janßen und
Claudia Schievelbein



Das Geburtstagskind vor einigen Jahren bei den Feiern zum Jubiläum der AbL auf seinem Hof in Jameln. Foto: Jasper

Es gratulieren:

Sprecherrat der IG Nachbau
Bundesvorstand der AbL
Rechtsanwälte Matthias Miersch
und Jens Beismann

Vorteile von Weide für Mensch, Tier und Natur

Die AbL Bayern informiert über ein neues altes Weidemanagement

Im Jahr 2006 wurden von Siegfried Steinberger von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft in Grub Landwirte gesucht, die es wagen wollten, Neues bzw. Altbewährtes wiederzuleben: Nämlich die so genannte Kurzrasenweide. Die Tiere kommen so früh wie möglich im Jahr auf die Weide und so spät wie möglich wieder in den Stall – ohne jegliche Zufütterung. Nichts Außergewöhnliches, könnte man meinen. Doch ist diese Art der Tierhaltung in einer zunehmend industrialisierten Landwirtschaft offensichtlich nicht mehr zeitgemäß. Anbindehaltung oder Laufställe dominieren. Und weil man mit einer Vollweidehaltung wenig Technikbedarf habe und zugekauft Futter, wenn überhaupt, dann nur in den Wintermonaten brauche, gibt es auch keine Lobby, meint Andreas Remmelberger von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Weidehaltung braucht eine Lobby“ war folgerichtig das Motto der Infoveranstaltung der AbL Bayern in Hofau. Dort wurden Vorteile der Weidehaltung aufgezeigt wie zum Beispiel

Tiergesundheit, hohe Fleisch- und Milchqualität und -menge oder Arbeiterleichterungen.

Grünlandswund

Siegfried Steinberger, der das Pilotprojekt Kurzrasenweide leitet, beklagte, dass es immer weniger Grünland gäbe. Martina und Josef Vollert aus Großhöhenrain sind Teilnehmer an dem Pilotprojekt. Wenn die Tiere im Frühjahr, Mitte bis Ende März, auf die Weide kommen, wundern sich Viele; Einige schimpfen, dass die Tiere verhungern würden. Auch die Vollerts waren anfangs verunsichert, berichtet die Bäuerin. „Aber als wir sahen, dass selbst die Jungtiere „kugelrund“ wurden, waren wir von dieser Art der Haltung überzeugt.“ Darüber hinaus habe die Familie durch die Kurzrasenweide-Haltung und Winter-Abkalbungen jetzt mehr Zeit und man kann sich sogar leisten, in Urlaub zu fahren oder im Sommer mit den Kindern zum Baden zu gehen, was früher durch die tägliche zeitraubende Stallarbeit (Melken, Füttern, Säubern) sowie dem ständigen

Eingrasen, Silieren oder Heumachen nicht zu denken war. Nun müsse lediglich zweimal am Tag gemolken werden und das sei relativ schnell erledigt, das kann auch einer alleine. Siegfried Steinberger sagt, dass die Probanden positive Erfahrungen gemacht hätten. Durch ständigen Verbiss trete bald eine Verbesserung der Grasnarbe auf sowie eine höhere Trittfestigkeit des Bodens einhergehend mit der Verdrängung von Unkräutern.

Ein Bild von Landwirtschaft

Martina Vollert gibt zu bedenken, dass die Weidehaltung auch eine gute Werbung für die Landwirtschaft sei, was Oswald Pehel vom Tourismusverband Chiemgau bestätigen kann. Für Gäste sei die „Marke Chiemgau“ wie ein Türöffner. Die Menschen hätten Bilder im Kopf, die eine intakte Landschaft – eben auch mit Kühen oder Kälbern auf der Weide – widerspiegeln. Mit Angeboten wie dem „Urlaub auf dem Bauernhof“ als Gesamterlebnis suche der Tourismusverband den Schulterschluss mit den Bauern. So werde langfristig ange-

strebt, dass Erzeuger, Vermarkter und Gastronomen besser zusammenarbeiten sollten. Dem Gedanken schloss sich Dieter Jung von Slow Food Chiemgau/Rosenheimer Land an. Einer, der etliche dieser genannten Punkte erfolgreich umgesetzt hat, ist Richard Müller von Chiemgauer Naturfleisch in Trostberg. Er sehe sich bzw. die Firma als Dienstleister für etwa 100 Bio-Bauern in der südostbayerischen Region. Marion Ruppner, Agrarreferentin vom Bund Naturschutz Bayern, wies darauf hin, dass Grünland für den Hochwasserschutz, die Humusbildung, den Trinkwasserschutz wegen der Güllereduzierung und somit auch für den Klimaschutz wichtig sei. Grünland fördere die Artenvielfalt an Flora und Fauna. Die Politik müsse Anreize schaffen, dass wieder mehr Bauern ihre Kühe austreiben, zum Beispiel durch eine so genannte Bewegungsprämie. Jakob Niedermaier, Geschäftsführer im Bund deutscher Milchviehalter (BDM), erklärte im Anschluss das Projekt „Faire Milch“.

Herbert Zeilinger

Baum für Baum

2007 hielt der 9jährige Felix Finkbeiner in der Schule ein Referat über den Klimawandel. Er beendet es mit den Worten: „Lasst uns in jedem Land der Erde eine Million Bäume pflanzen!“ Da er damit in seiner Klasse und später in weiteren Schulen auf große Begeisterung stieß, schlossen sich Felix und zahlreiche Mitsreiter bald einem genau auf dieses Ziel passenden Kinderprojekt des United Nations Environmental Programme (UNEP) an: „Plant for the Planet“. Mittlerweile wurde Felix in den Kindervorstand des UNEP gewählt und hält vor anderen Kindern aus ganz Europa Vorträge über die Klima-, Gerechtigkeits- und Verteilungskrise. Entstanden ist ein „Mut- und Mitmacherbuch“ rund um das ehrgeizige Pflanz-Projekt. Den Leser erwarten anspruchsvolle, anregende und anschauliche Informationen, um die Mechanismen des Klimawandels und seine Auswirkungen zu verstehen. Neben Einblicken in die Arbeit der Wissenschaftler zeigt es auch politische Ansätze wie den Emissionshandel. Es räumt auf mit Argumenten der Klimaskeptiker und häufigen Missverständnissen. Kritisch, motivierend und niemals naiv berichten Kinder aus aller Welt von Schul-Initiativen, Kinder-Akademien, in denen Klimabotschafter ausgebildet werden und ihrem gemein-

samen Ziel der Baumpflanzaktionen. Ein Buch von Kindern für Kinder, das auch Erwachsenen deutlich macht, wie viel Kraft die Bewegung der Kinder hat. ch

Baum für Baum. Jetzt retten wir Kinder die Welt, Felix & Freunde, Oekom Verlag (Taschenbuch), 2010, ISBN: 978-3-86581-208-7, 12,90 Euro



Kurzes am Rande

CO²-Bilanz der Fleischproduktion

Als erstes deutsches Fleischunternehmen hat die Unternehmensgruppe Westfleisch, drittgrößter Fleischvermarkter in Deutschland, Anfang 2010 einen „CO²-Fußabdruck“ für den Produktionsprozess von Schweinefleisch und Wurstwaren erstellt. Während der Anteil der Landwirtschaft laut Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens etwa 97 % an den Klimaemissionen einnimmt, liegt der firmeninterne Anteil bei nur 3 %. Der Transportanteil ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Geplant ist, die Menge klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Alle 3 Jahre sollen die neuen Zahlen veröffentlicht werden. Dem Unternehmen geht es dabei ausschließlich um die Optimierung der werksinternen CO²-Bilanz (3 %), so Westfleisch. Veränderungen sind jedoch auch bei der Aufzucht notwendig. Vor allem aufgrund des hohen Sojaanteils stellen Futtermittel mit 38 % der Gesamtemissionen den größten Anteil. Wie das Unternehmen mitteilte, wolle es sich allerdings nicht an Landwirte wenden, um Vorgaben zur Futtermittelbeschaffung zu machen. ch

Wegeseitenräume achten

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat alle Landwirte aufgefordert, illegal umgepflügte Wegeseitenräume „schleunigst wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen“. Seit März 2010 stelle diese illegale Umwandlung eine Ordnungswidrigkeit dar, zudem sei dies ein mit „empfindlichen Geldbußen“ zu verfolgender Verstoß gegen Naturschutz- und Eigentumsgesetze: Wege-, Feld- und Wiesenseitenränder seien in der immer dichter besiedelten und intensiv genutzten Landschaft ein lebenswichtiger Schutzraum für Pflanzen und Tiere. Deshalb sollten Böschungen generell nicht gemäht werden, Gräben und Wegeränder nach Möglichkeit erst ab Mitte September (mit Ausnahme punktueller Problemunkräuter). Anhand von Luftaufnahmen will der Landkreis die Einhaltung dieser Vorschriften kontrollieren. Ende August demonstrierten Imker vor dem Kreishaus für den Schutz der Wegeseitenränder. en

Bauern-Not in Pakistan

Von den 20 Millionen Menschen, die in Pakistan von der Überschwemmungs-Katastrophe betroffen sind, betreiben laut UN über 70 % Landwirtschaft. Ein Großteil davon hatten eine Subsistenzwirtschaft für den eigenen Lebensunterhalt, mit wenigen Hektar Land und einigen Büffeln bzw. Kühen. Viele Überlebende sind mit ihren übrig gebliebenen Tieren in provisorische Lager geflohen. Nun droht außer den bedrohlichen Krankheiten und der Trinkwasser-Not auch noch eine Lebensmittelknappheit, wenn die Bauern der Provinzen Punjab und Sindh es nicht schaffen, den Winterweizen rechtzeitig bis Mitte September einzusäen. Auch die Obstbauern im Süden können wegen weggespülter Verkehrswege nicht ernten. Ein Fünftel des Staatsgebiets steht immer noch unter Wasser. Rasche Soforthilfen und Spenden sind dringend erforderlich, danach ist eine langfristige Hilfe für den Wiederaufbau von Infrastruktur und Landwirtschaft nötig. Pakistan hat unterdessen von der EU gefordert, die Exportsperrung gegen pakistanische Baumwoll-Textilien aufzuheben, um so rasch Arbeitsplätze zu sichern. en

Botulismus durch Biogas-Gärsubstrat?

In einer „Göttinger Erklärung“ anlässlich der 9. Haupttagung der Agrar- und Veterinär-Akademie (AVA) forderten 500 Experten eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Clostridium botulinum-Toxikosen bei Milchkühen und der Ausbringung von Gärresten aus Biogasanlagen auf Agrarflächen. Angesichts des zunehmenden Auftretens der Erkrankung in deutschen Milchviehställen sollten Politik und Industrie Forschungsgelder dafür bereitstellen. In Biogasanlagen könnten sich pathogene Clostridien beim Aufschluss der Gärsubstrate vermehren und zwar auch bei einer Hygienisierung bei 70 °C. Dann seien die Gärreste aus Biogasanlagen zu erheblichen Teilen mit den pathogenen Bakterien belastet. Durch das Ausbringen der Gärreste auf Grünland- oder Ackerflächen könnten die Keime ins Futter gelangen und in der Folge zu chronischem Botulismus führen, der unter anderem mit Lähmungen einhergehe. Auch könnten sich Halter und Betreuer der Milchkühe infizieren. Bis zur Klärung der Zusammenhänge sollten keine Gärreste aus Biogasanlagen auf Grünland verteilt werden. Besonders ansteckend seien ferner Hühnergülle, Schlachtabfälle und Lebensmittelreste, die natürlicherweise große Mengen an Clostridium botulinum enthielten. en

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht
bitte ankreuzen

Ausgabe: 2010 2009 2008 2007 2006 2005 2004
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 € NEU!
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt,	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 13,90 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Tiermarkt**

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Produkte für Boden, Pflanze, Tier und Mensch. Z.B. Lieferung von Hunde- und Katzenahrung im ganzen Bundesgebiet, nach Österreich und Holland. Infos und Bestellannahme: Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Sonstiges

● Obstbäume in historischen und bewährten Sorten für Garten und Landschaft. Sortenliste unter www.pflanzlust.de Bioland-Baumschule PFLANZLUST. ☎ 05692-8635

Hof und Arbeit

● 2 junge Familien suchen Hof/ Möglichkeit zur Hofnachfolge. Aufbau einer ökolog. Betriebsgemeinschaft. gepant, Schwerpunkte Milchziegen, Gemüse/Kräuter, Möbelbau. Info: www.landbauev.de, ☎ 033602-419486

● Nähe HH: Landwirtin/Heilpraktikerin & Baumpfleger suchen neues Zuhause: Bauwagen-Stellplätze gerne mit Zimmer/Whg/Haus in Gemeinschaft zur Miete oder Pacht. ☎ 0151-11 94 63 90

Hof und Arbeit

● BetriebsleiterIn auf Bioland-Hof mit pädagogischen Angeboten im Naturpark bei Murrhardt (BaWü) gesucht. 40 ha, Grünland-Mischbetr., Mutterkuhhaltung, (Limpurger R), Direktvermarktung auf Wochenmärkten, 2 FÖJ-Stellen, Schulbauernhofstube m. Übernachtg. Voraussetzungen: prakt. Erfahrung in Land- & Hauswirtschaft, Interesse an Weiterentwicklung der Bildungsarbeit auf dem Hof. Infos: http://springhin.de/ Wacholderhof-Ausschreibung. Bewerbungen & Erstkontakt über: kontakt@wacholderhof-ev.de

● Archit./Baubiologin sucht Mitstreiter/in für den Aufbau einer Permakultur-/biol.-dyn. Landwirtschaft in Sachsen. Landw. Beruf o. Interesse zur Ausbildung als Landwirt im Neben- oder Vollerwerb erwünscht. Konzept vorhanden und entwicklungsfähig. Zschriften an Chiffre BS 9-2010

● Wohnen auf dem Bauernhof, Rentner, alleinstehend, Nichtraucher, gelernter Gärtner mit Landwirtschaftspraxis sucht ebenerdige 2 Zi. Wohnung auf einem Bhf. Gerne mit einer warmen Mahlzeit täglich gegen angemessene Vergütung. Angebote unter ☎ 07725-914683 ab 19.00 Uhr

Windkraft

Privatinvestor sucht Standort für WKA 2-2,5 MW – Gerne auch Altanlage für Repowering
Tel: 0171 - 3306945

Verpachtung**Idyllisch gelegenes demeter Hofgut Seewalde inmitten der Mecklenburgischen Kleinseenplatte**

Wir unterstützen die Dorf SeewaldegGmbH bei der familiär bedingten, kurzfristigen Neuverpachtung des Hofguts, 100 km nördl. von Berlin.

Hofprofil:

- 63,23 ha Acker
- 10,74 ha Grünland
- 0,7 ha Sonderkulturen
- Milchlieferrecht über 51.000 kg
- selbständiger Hofladen

Dorf Seewalde, integratives Dorfkonzept: Betreuung, Werkstätten, Hofgut, Gärtnerei, Bioladen, Ferienhäuser, Waldorfkindergarten u.a. Infos unter: www.seewalde.de

Pachtinteressenten können gegen eine Schutzgebühr von 15 € ein Exposee über www.agroviva.de beziehen

www.agroviva.de
Spezialisten rund um die Landwirtschaft

Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand

Boden- und Pflanzenhilfsstoffe mit mehreren sich ergänzenden Mikroorganismenarten
Für Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse

Sowie Produkte für die Tierhaltung und Gülle

Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich
Tel. 06484-890895, Fax 06484-890828

E-Mail: info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu



Baden-Württemberg

Sonntag, 10. Oktober 2010, 11 bis 15 Uhr

Maulbronn-Zaisersweiher, Schülenswaldhof (Scheune)

Agrarpolitischer Frühschoppen zur EU-Agrarreform 2013

- 11.00 Begrüßungs-Kaffee mit Live-Musik
11.30 Graefe zu Baringdorf: Zukunftsmodell Bäuerliche Landwirtschaft: sozial, umweltverträglich, nachhaltig, fair
12.30 Diskussion: Graefe zu Baringdorf, Anneliese Schmech
13.30 Mittagstisch
14.30 Agrarpolitische Hofführung

Schülenswaldhof liegt zwischen Maulbronn-Zaisersweiher und Diefenbach, von Zaisersweiher aus auf der linken Seite.

Eintritt frei

Veranstaltungen**Wege zu einer Blühenden Landschaft Mittelfranken**

10. September 2010, Geroltingen
Veranstalter der Tagung „Wege zu einer Blühenden Landschaft Mittelfranken am Beispiel der Fränkischen Moststraße“ sind das Netzwerk Blühende Landschaft in Kooperation mit regionalen Institutionen aus den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz, Imkerei, Jägerschaft, Kommunen und Regionalentwicklung.

Anmeldung: Silvia Unger, ☎ 09805-1341, hesselberg@bluehende-landwirtschaft.de, Nicole Krüger, ☎ 06322-98970-235, www.bluehende-landwirtschaft.de

Vielfältige Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels

13. u. 14. September 2010, Hamburg
Internationaler Workshop zu Agrobiodiversität mit Ursula Monnerjahn, Ref. 522 Biologische Vielfalt und Biopatente BMELV; Bernd Horneburg, Uni Göttingen; On-Farm-Management in Deutschland; Abu Muzaffar Mahmud, Prodipon/Network on Climate Change Bangladesh; Elizabeth Cruzada, MASIPAG, Philippinen: Partizipative Züchtung und Erhaltung. Der Workshop wird auf Englisch durchgeführt. Agrar Koordination, Mireille Hönicke, ☎ 040-392526, E-mail: Mireille.Hoenicke@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Tagung Bioschweine

14. u. 15. September 2010, Willebadessen
Markt 2015, Tiergesundheit, Ebermast uvm. In Kooperation mit der LK NRW bietet das Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland e. V. (ABD) erneut eine Plattform, gemeinsam mit kompetenten Referenten und Experten, mit Beratern, Praktikern und Marktpartnern Lösungsansätze zu entwickeln und Transparenz zu schaffen. Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Marianne May, ☎ 0228 703-1140, Fax: -1911140, Marianne.May@lwk.nrw.de, www.bioschweine-deutschland.de

Lust auf Lösungen

16. September 2010, Osnabrück
Vorgestellt werden die Ergebnisse des Coaching-Vorhabens „Von der Küste zu den Alpen - Regionen im Aufbruch“. Interessierte Teilnehmende können schon bei der Anmeldung ihr Interesse an einem live-coaching anmelden und das Coaching-Thema benennen. Prof. Ulf Hahne, Uni Kassel, ☎ 0561 804-3276, Fax: -2390, Email: nickel@asl.uni-kassel.de

Für eine gerechtere Welt

16. bis 18. September 2010, Plön
2. Politischer Kirchentag Plön u.a. mit dem Workshop: Die Ernte geht an Andere! Die Globale Entwertung der landwirtschaftlichen Arbeit mit Prof. Onno Poppinga, bis 2009 Uni Kassel; King-David Amoah, ECASARD, Ghana. Kontakt: Birgit Goldenstern, ☎ 04342-78 80 459 (9.00 bis 11.00 Uhr), www.politischer-kirchentag-ploen.de/index.php?id=29

Schnuppertag zur Kartoffelvielfalt

17. September 2010, Barum
Einblick in unsere Arbeit mit alten und neuen Kartoffelsorten. Der ABL Verlag wird an diesem Tag seine Neuerscheinung „Linda & Konsorten“ von Volker Nökel präsentieren. 13.00-17:00 Uhr, Ellenbergs Kartoffelvielfalt, Ebstorferstr. 1, 29576 Barum, www.kartoffelvielfalt.de

Wege aus der (Ernährungs-) Krise

18. u. 19. September in Legau um 14 Uhr auf dem Rapunzel Festival im Casino, www.rapunzel.de
20. September in Kaufbeuren um 20 Uhr im Matthias Lauber Haus, Bismarckstr. 7

21. September in 88167 Hopfen/Stiefenhofen um 20 Uhr im Allgäuer Kräutergarten „Artemisia“

Die Erkenntnisse des Weltagrarrichts: Vortrag- und Diskussion mit der Tierärztin Dr. Anita Idel. Sie hat als eine von drei deutschen Wissenschaftlern an dem Bericht mitgearbeitet. Nur eine radikale Wende der Agrarpolitik und Agrarforschung – hin zur Förderung der Multifunktionalität und der Potenziale kleinbäuerlicher Strukturen, angepasster Technologien und gerechter Land- und Ressourcenverteilung – kann die Ernährung der Weltbevölkerung dauerhaft sichern, ohne die ökologischen Grundlagen der Landwirtschaft zu zerstören und den Klimawandel zu forcieren.

Kontakt: Bio-Ring Allgäu, ☎ 0831-22790, Fax: 54021317, Info@bioring-allgaeu.de, www.bioring-allgaeu.de

EMB Schlepperdemo

22. September 2010, Strasbourg/F
Europas Milchbauern und -bäuerinnen demonstrieren vor dem Europäischen Parlament für einen fairen, kostendeckenden Milchpreis und fordern Unterstützung für eine intelligente Marktsteuerung.

Wir bitten Euch: Kommt sehr zahlreich, so dass wir unseren Forderungen nach einem fairen Milchpreis eindrucksvoll Nachdruck verleihen können. FÜR EIN LEBENDIGES EUROPA MIT BAUERN, DIE EINE ZUKUNFT HABEN
European Milkboard

Grundeinkommen – Chance aus der Krise!

24. September 2010, Göttingen
Auch die Belange einer zu erhaltenden bäuerlichen Landwirtschaft, die viele wollen und oft nicht mehr bezahlen können, sollen zur Sprache kommen. Um 20 Uhr im Alten Rathaus in Göttingen. Infos: www.arbeitskreis-grundeinkommen-goettingen.de

Prozess gegen die Genbank Gatersleben-Feldbefreier

28. September 2010, Aschersleben
Erster Prozesstag im Strafprozess gegen die Gatersleben-FeldbefreierInnen. Die Aktion hatte schon im April 2008 stattgefunden. Seitdem gab es ein juristisches Hin-und-Her zwischen der zuständigen Staatsanwaltschaft und verschiedenen örtlichen Gerichten. Über Anre-

gungen und Unterstützung freut sich das Gendreck-weg-Team natürlich sehr. Gendreck-weg, ☎ 0175-8666769, Fax: 0761-4004226, Infos: www.gendreck-weg.de

Botulismus in Milchviehherden

30. Sept. u. 01. Okt. 2010, 48612 Horstmar-Leer
Anmeldung: Geschäftsstelle der Agrar- und Veterinär-Akademie (AVA), ☎ 02551-7878, Fax: -834300, Mail: info@ava1.de

Saatguttagung IG Nachbau

06. Oktober 2010, Berlin
Souveräne Bauern - Sichere Ernten (siehe Anzeige S. 15)

Wer ernährt die Welt?

13. Oktober 2010, Berlin
Gemeinsame Tagung von Misereor, Germanwatch und AbL zur entwicklungsfreundlichen Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik, der Verpflichtung, den Hunger auf der Welt bis 2015 zu halbieren. Kontakt: MISEREOR, Kerstin Lanje, ☎ 0241 442-561, Fax: -505, Kerstin.Lanje@misereor.de

Landwirtschaft gestalten Tagung Agrarbündnis

20. u. 21. Oktober 2010, Hofgeismar
Die Herausforderungen für die Agrarpolitik weltweit diskutieren mit Dietrich Guth, BMELV; Rudi Buntzel, EED; Udo Hemmerlin, DBV; Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL; Benny Härlin; Zukunftsstiftung Landwirtschaft; Tobias Reichert; Germanwatch; Anita Idel, Mediation; Reinhild Benning, BUND; Heiner Sindel, Bundesverband der Regionalbewegung; Marita Wiggerthale, Oxfam; Kerstin Lanje, Misereor; Gerald Wehde, Bioland; Sabine Ohm, ProVieh; Hartmut König, Verbraucherzentrale Hessen; Annemarie Volling, Gentechnikfreie Regionen; Martin Hofstetter, Greenpeace; Romuald Schaber, BDM; Christoph Then, Kein Patent auf Leben; Georg Janßen, AbL; Berit Thomsen, Forum Umwelt und Entwicklung; Anke Schekahn, Bio-Fair-Verein; Eckehard Niemann, Bauernhöfe statt Agrarfabriken; Heidrun Betz, Deutscher Tierschutzbund; Torsten Walter, Neuland. Anmeldung bis 13. Oktober: Evangelische Akademie, ☎ 05671 881-122, Fax: -154, www.akademie-hofgeismar.de

Bitte vormerken: Agrarpolitische Tagung und AbL-Bundesmitgliederversammlung

19. bis 21. November 2010, Altenkirchen
„Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft im Zeichen der Finanzkrise und weltweiter Spekulationen“
Das genaue Programm in der Oktober-Ausgabe der Bauernstimme

Sepp Daxenberger

ist am 18. August 2010 gestorben.

Wir verlieren einen aktiven bäuerlichen Interessenvertreter,
einen sehr engagierten Politiker,
einen liebenswürdigen Menschen und einen guten Freund.
Unser Mitgefühl gilt seinen Kindern und den Angehörigen.

Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende
Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender
Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer

Edith Lirsch, AbL-Landesvorsitzende Bayern
Josef Schmid, AbL-Landesvorsitzender Bayern
Andreas Remmelberger, AbL-Landesgeschäftsführer Bayern



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218
Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein, Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039
Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Remmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de
Regionalgruppe Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel./Fax.: 08803-488446, Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel./Fax: 09265/7198
Regionalgruppe Erding – Ebersberg, Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Hochstraße 42, 84424 Isen, Telefon / Fax: 08083 9225, E-Mail: abl@schlaak-isen.de

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, E-Mail: peter.hettlich@t-online.de



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: hanna.bes@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax. 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Fremd ist sich nur, wer sich nicht kennt

Reisertausch – ein internationales Obstveredelungsprojekt von Ella Ziegler im Rahmen des Werkleitz Festivals 2010 „Angst hat große Augen“

Alljährlich im Frühling findet das Obstbauseminar des Landschaftspflegeverbandes Oberes Vogtland e.V. auf dem Riedelhof unweit der tschechischen Grenze statt. In diesem Jahr mischte sich die Künstlerin Ella Ziegler unter die deutschen und tschechischen Obstbauexperten, um einerseits die alte Methode der Baumveredelung zu erlernen und andererseits deutsche Edelreiser mit tschechischen einzutauschen. Diese tschechischen Edelreiser brachte sie nach Halle/Saale und veredelte damit mit freundlicher Zustimmung des Grünflächenamtes mehrere Hallenser Obstbäume. Die Künstlerin kooperierte mit dem Lehrmeister des Grünflächenamtes Halle/Saale, Herrn Bernd Kühne, der das Handwerk der Baumveredelung noch beherrscht. Standort der Obstbaumveredelungen ist der Südpark von Halle Neustadt. Bereits Anfang Juni war zu beobachten, dass die tschechischen Edelreiser Panenské České, Průsvitné Letní und Strýmka erfolgreich angewachsen sind. Ende August reiste die Künstlerin nach Tschechien, um dort tschechische Obstbäume mit deutschen Edelreisern zu veredeln. Ob die Edelreiser anwachsen und in einigen Jahren Früchte tragen entscheidet die Natur.

sorte mit der Setzung politischer Grenzen einhergeht. Nach der Eiszeit brachten verschiedene Völkerwanderungen Kulturpflanzen, also auch Obstsorten, in die europäischen Breiten, um diese zu kultivieren. Die Sorten, die durch die Schönheit und Süße ihrer Blüten und Früchte bei Tier und Mensch Gefallen fanden, vermehrten sich einerseits auf natürlichem Wege, andererseits aus existenziellem und ökonomischem Interesse der siedelnden Bauern. Mit der Aneignung

sichtlich um eine Fremdheit, die der Natur selbst fremd ist. Denn fremd ist sich nur, wer sich nicht kennt. Fremd bleibt sich, wer sich nicht kennenlernen will.

Aktuelle Bezüge

Das Projekt lässt auch an aktuelle Themen wie die europäische Osterweiterung, den Erhalt von seltenen und alten Sorten und die globale Problematik der Gentechnik denken. Typisch für Zieglers künstlerische Methode ist der Moment des Ungewissen, indem sie den Verlauf ihrer künstlerischen Prozesse den Kräften der Natur überlässt. Das Zusammenwachsen kann hier nur gelingen, wenn die Angst vor dem Fremden überwunden ist. Das ist in Zieglers Projekt genauso wie in allen anderen Situationen, wo zwei vermeintlich fremde Parteien zueinander kommen. Insofern sollten wir Zieglers Projekt durchaus exemplarisch lesen.

Ella Ziegler



Herr Schmidt demonstriert verschiedene Techniken der Obstbaumveredelung.

Foto: Ziegler

Angst vor Fremdem

Subtil thematisiert die Intervention Reisertausch das Thema der Angst vor dem Fremden, indem die Künstlerin internationale Grenzen überschreitet und transkulturellen Austausch mit dem Ergebnis biologischer Artenvielfalt initiiert. Fern von nationalen Interessen geht es bei dem Projekt um ein buchstäbliches Zusammenwachsen, das gegenseitige Akzeptanz voraussetzt.

Was aber ist der Unterschied zwischen tschechischen und deutschen Äpfeln? Betrachtet man die Kulturgeschichte des Obstbaus, dann kommt man zu dem Schluss, dass die "nationale Identität" einer Obst-

von Gütern und der daraus resultierenden Entstehung von erkämpften und ernannten Territorien wurde der irdische Naturraum (Wüsten, Arktis, Berge ...) bis auf die Weltmeere restlos erobert. Die Eroberer gaben ihren Ländereien baldmöglichst Namen und somit nationale Identitäten. Besonders edle und wohl-schmeckende Obstsorten wurden nach Kardinälen, Kaisern, Freiherren oder Prinzen tituliert. Diese nationale und somit auch politische Identifizierung der Natur gibt dem Projekt Reisertausch seine Bedeutung, da erst die nationalen Grenzen zwischen den Bäumen diese zu Fremden macht. Es geht hier offen-

Alte „adlige“ Sorten

Beispielsweise gibt es die Sorte Kardinal Bea, die um 1930 im Garten des Noviziats Neuhausen auf den Fildern in Baden-Württemberg gezogen wurde, oder den Apfel Großherzog Friedrich von Baden, der 1894 vom großherzoglichen Hofgärtner Fießler in Baden-Baden gekreuzt wurde. Von der Apfelsorte Prinz Albrecht von Preußen ist bekannt, dass sie der Hofgärtner C. Braun in Kamenz bei Glatz im Jahr 1865 von der Sorte Kaiser Alexander ausgelesen hat.

unabhängige bauernstimme: Veredeln statt absägen

07/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221